

[17]

BLÄTTER FÜR WELTPOLITIK

Preis 30 Pfg.

Deutscher Lebensraum

Aus dem Inhalt

Weltmächte und Weltkräfte:
Europa vor entscheidenden Tagen
Afrika als europäische Rohstoffbasis
Im Kampf um das Mittelmeer
Von kommenden Dingen
Was gibt es Neues aus Afrika

Heft 9

Deutscher Lebensraum

Blätter für neue Deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik

Vierteljährlicher Bezugspreis RM. 0.75 zuzüglich Bestellgeld.

Bestellungen nur an die Geschäftsstelle. — Postverlagsort Teltow.

Auslieferung für Buchhandel: L. A. Kitzler, Leipzig.

Monatliches Erscheinen. — Nachdruck einzelner Artikel verboten. — Auszüge nur bei genauer Quellenangabe gestattet. — Alle Schreiben sind nur zu richten an die Geschäftsstelle: Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: D. 4 (Zehlendorf) 1050. — Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. — Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigelegt. — Postcheckkonto: „Deutscher Lebensraum“, Berlin 524 46.

3. Jahrgang

Nummer 9

1935

Weltmächte und Weltkräfte

Europa vor entscheidenden Tagen

Von Dr. Paul Mohr.

Das friedlose Europa. — Die Abkehr von außen nach innen. — Das Recht auf Land der überbevölkerten Länder. — Französische Brunnenvergiftung. — Historische Entscheidungen in Nürnberg. — Die Warnung an Litauen. — Einheitsfront gegen den Weltbolschewismus.

In diesen Tagen und in den nächsten Wochen bereiten sich Weltenentscheidungen vor, die das Problem Europa auf eine neue Basis stellen werden. Niemals war das Bewußtsein, daß sich ein Neues anbahnt, daß sich geschichtliche Ereignisse von größter Tragweite vollziehen, so eindeutig klar vorhanden wie heute.

Der Weltkrieg hat die unendlichen Spannungsverhältnisse Europas nicht vermindert, sondern verschärft, es blieben zahlreiche ungelöste Fragen zurück. Zu den alten Gegensätzen sind noch neue in größter Zahl hinzugekommen. Die Eindämmung der europäischen Dynamik hat Europa friedloser denn je gemacht. Eine antieuropäische Phalanx ist im Entstehen begriffen. Der Ruf geht von Asien aus. Die politische Führung Asiens wird nicht in der Hand der europäischen Großmächte bleiben. Der russische Imperialismus, der sich die bolschewistische Kappe aufgestülpt hat, wird seine antieuropäische Stoßkraft noch verstärken. Eine russische Großindustrie wird die Märkte Asiens aufstoßen und zu monopolisieren trachten.

Alle europäischen Kräfte, die einst die Welt überfluteten, haben sich nach innen gekehrt und zu tragischen Konflikten geführt. Das Problem der Besitzenden und Nichtbesitzenden wurde im Innenleben jedes Staates gestellt, es war die soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Sie ist in der Lösung begriffen durch die Versöhnung von Arbeit und Kapital im neuen Volkstum.

Das Problem der Besitzenden und Nichtbesitzenden ist heute als europäisches Staatsproblem gestellt. Einige wenige Staaten haben Ueberfluß an Land und Rohstoff-

Inhalt:

Weltmächte und Weltkräfte (von Dr. P. Mohr):

Europa vor entscheidenden Tagen	1
Afrika als europäische Rohstoffbasis	5
Im Kampf um das Mittelmeer	9
Von kommenden Dingen	13
Was gibt es Neues aus Afrika	17
Blick nach außen	21
Aus unseren Kolonien	29
Bücherschau	31

quellen, die anderen leiden, zusammengepfercht wie die Heringe, Mangel an Land und an den lebensnotwendigsten Rohstoffen. Das Rohstoffmonopol ist nicht mehr aufrecht zu erhalten. Zu den europäischen Großstaaten, die nicht den nötigen Lebensraum besitzen, gehören Italien und Deutschland. Hieraus entwickelt sich jene psychologische Eigenart, die das Kennzeichen der Völker ohne Land ist.

Es ist ein absoluter Widerspruch, Kriege verbieten zu wollen, wenn man nicht gleichzeitig daran geht, auch ihre eigentlichen Ursachen aus der Welt zu schaffen. Diese Ursachen liegen zumeist im Wirtschaftlichen und im Bevölkerungspolitischen. Was suchte Japan in Korea, in der Mandchurei bzw. Mongolei? Eine Erweiterung seiner Rohstoffbasis, Land für seine vielzuvielen Mäuler!

Was ist die Triebfeder des italienischen Feldzuges? Was hat den Duce bewogen, die letzte Chance wahrzunehmen und alles auf eine Karte zu setzen? Italien braucht Rohstoffe und Siedlungsland. Es will nicht mehr seine Söhne als Völkerdünger herausjenden.

Europa hat nur noch in Afrika ein Gebiet, das seiner kulturellen und zivilisatorischen Mission, seiner wirtschaftlichen Erschließungsarbeit, die größten Chancen bietet. Die Rohstoffbasis Europas wird in erster Linie der afrikanische Kontinent sein.

Die größte Wahrscheinlichkeit besteht doch dafür, daß die nächsten Jahrzehnte deutlicher als bisher die Frage ins Licht rücken werden, wie können die europäischen Kolonien in weitherziger und loyaler Weise der europäischen Kultur und Wirtschaftsbetätigung erschlossen werden?

Das Problem der Völker ohne Land ist in seiner ganzen Schwere und Furchtbarkeit aufgedeckt worden, als nach dem Weltkrieg sich die landbesitzenden Mächte jeder Einwanderung feindlich versperren. Die Siegesvölker, die den Frieden der Gerechtigkeit den besiegten Völkern auferlegten, haben den Ossa auf den Pelion getürmt, als sie auch jenes scheinbare Abhilfsmittel für die überbevölkerten Staaten durch ihre Einwanderungsgefeßgebung unterbanden. Uns Deutschen aber wurde jenes verbrecherische Wort, das an Zynismus seinesgleichen sucht, entgegengeschleudert, von den 20 Millionen zuviel.

Der Faschismus, der das internationale Leben als einen Kampf und Wettbewerb auffaßt, hat zu dem Problem der Völker ohne Land in entschiedener Weise Stellung genommen. Es sei hier besonders auf eine Schrift des früh verstorbenen Danteforschers Luigi Valli hingewiesen: „Il Diritto dei popoli alla terra“, 1926, zum ersten Male erschienen, jetzt übersetzt vorliegend: (Hanseatische Verlagsbuchhandlung Hamburg: Das Recht der Völker auf Land).

„Wer in der Welt die Gerechtigkeit und den dauerhaften Frieden heraufführen will und dabei die Frage nicht erörtert oder nicht einmal stellt, ob es erlaubt ist, die Völker in Grenzen einzuschließen, die für sie zu eng sind, der ist entweder dumm oder handelt nicht aus voller Ueberzeugung. Denn es ist nicht gegen die Natur, den Frieden auf der Grundlage des reinen Kriegsrechts zu errichten und zu sagen: „Dies wollen wir, weil wir gesiegt haben, und wir werden es behaupten, wenn ihr es uns nicht mit Gewalt entreißt.“ Aber die große Komödie der moralischen Erneuerung der Welt pompös in Szene zu setzen, den Sieg des Guten zu verkünden, nach rechts und links Freisprüche und Verurteilungen über die Völker auszustreuen im Namen einer höheren Gerechtigkeit eine höhere Rechtsform einführen zu wollen und ihr ein Organ zu schaffen wie den Völkerbund, ohne dabei das Problem der Völker ohne Land irgendwie zu berücksichtigen, das Prinzip des Erstbesitzrechts für Land und Kolonien für sakrosankt und unabänderlich zu halten und dadurch die jungen, kräftigen

Völker ohne Prozeß zum Leiden und Sterben in zu engen Grenzen zu verurteilen, das bedeutet die offenbarste Vergewaltigung jener höheren Gerechtigkeit, in deren Namen man die Ordnung und den Frieden heraufzuführen beansprucht.“

Welche Rückwirkungen auf die Psyche eines Volkes die wachsende Ueberbevölkerung allmählich zur Folge hat, kann aus den Tatsachen geschlußfolgert werden, die in Ländern wie Japan nur zu deutlich zutage treten. Der ganze Geist eines Volkes, sein Volkscharakter, sein soziales Leben, befindet sich in einem Zustand tiefgehendster Unruhe, Lebensangst und Unzufriedenheit. Die Zahl der Selbstmorde wächst, die Lebensnot erzeugt die sonderbarsten Vorschläge zur Abhilfe. Sehr richtig sagt Valli: „Die dauernden Versuche, Probleme in geschlossenem Rahmen der zu engen Grenzen zu lösen, erfüllt diese Völker mit großer Unrast. Ihre Bevölkerungsdichte macht Gegensätze fühlbar, die sich je nach dem Volkscharakter mehr oder weniger laut äußern.“

Überall, wo viele Menschen zusammengepfercht sind, tritt jeder, der sich bewegt, leicht dem anderen auf den Fuß. So ist es bei zu dichter Bevölkerung fast unmöglich, die eigenen Interessen zu verfolgen, ohne die Interessen anderer zu schädigen.“ Und diese Lage färbt auf die gesamte moralische Haltung ab. Moral heißt im Grunde, sagt man, die eigenen Interessen verfolgen, ohne die Interessen anderer zu schädigen. Je dichter aber einer auf dem anderen sitzt, um so schwieriger ist diese Forderung zu erfüllen.“

Kampf- und Abenteuerlust eines Volkes haben kein Abzugsventil nach außen, sie biegen sich und verbiegen sich nach innen, wodurch die sozialen Kämpfe und Tumulte an der Tagesordnung sind. Ein unter hermetischem Verschluss gehaltenes Volk erweckt aber auch den Anschein, als wolle es nach außen mit Gewalt sich Luft machen, als wolle es europäische Verwicklungen benutzen, um im Trüben zu fischen.

In dieser Lage befindet sich heute Deutschland, dem heute Pläne und Absichten untergeschoben werden, die man, noch milde ausgedrückt, nur als Brunnenvergiftung brandmarken kann. Deutschland wolle mit Italien eine gemeinsame Front gegen England und Frankreich errichten. Ja im „Journal des Débats“ wirft Bernus England vor, daß es nicht die richtige Haltung gegenüber Deutschlands Hinterhältigkeit einnehme und fragt in grenzenloser Wut, ob Europa verrückt geworden sei, daß es sich unter den deutschen Kommissstiefel beugen wolle.

Fühlt etwa Frankreich, daß ihm die Felle wegschwimmen? Woher dieser plötzliche Wutausbruch, der äußerst komisch anmutet? Frankreich will von England eine Garantie der Aufrechterhaltung des status quo in Europa, es will den Donaupakt, es will den Ostpakt. Es will die Versteinerung der europäischen Lage, es hat Italien geködert durch seinen Januarpakt, um Deutschland weiter niederhalten zu können. Nun muß es wohl oder übel seinem neuen Freunde die kalte Schulter zeigen. Ein kollektives Völkerbundsmandat, das der in Genf eingesetzte Fünferausschuß vorgeschlagen hat, ist von beiden Parteien abgelehnt worden, schon bevor es das Licht des Tages erblickt hatte. Italien hat sich bereits zu weit vorgewagt, um einen Rückzug noch antreten zu können. Es werden also die Bestimmungen des Völkerbundes Platz greifen müssen, die Sanktionen gegen den Kriegsverbrecher vorsehen. Ob der Suezkanal gesperrt werden darf, ist eine Streitfrage, die noch nicht entschieden ist. Auch ohne Sperrung wird England sich genötigt sehen, das Durchsuchungsrecht der den Kanal kreuzenden Schiffe auszuüben.

Was Deutschland betrifft, so hat der Führer auf dem Nürnberger Parteitag sich mit klaren Worten geäußert: Es kann für unser ganzes Verhalten nur eine einzige Richtlinie geben: unsere große und unerschütterliche Friedensliebe!

Deutschland will nicht in Kombinationen einbezogen werden, die es nicht betreffen. „Wir nehmen daher auch keine Stellung zu Vorgängen, die nicht Deutschland betreffen, und wünschen nicht in solche Vorgänge hineingezogen zu werden.“

Der Nürnberger Reichstag hatte aber auch Gelegenheit gegeben, zwei andere Entscheidungen von größter Tragweite zu treffen, es war die deutliche Warnung an Litauen, den Bogen nicht zu überspannen. „Im tiefsten Frieden wurde das Memelland Jahre nach dem Friedensschluß geraubt. Dieser Raub wurde vom Völkerbund legalisiert und nur an die Einhaltung einer dem Memeldeutschum zu gewährenden und vertraglich niedergelegten Autonomie geknüpft. Seit Jahren wird nun das deutsche Element dieses Gebietes gesetz- und vertragswidrig mißhandelt und gequält. Eine große Nation muß dauernd zusehen, wie gegen Recht und vertragliche Bestimmungen Angehörige ihres Blutes, die man im tiefsten Frieden überfallen und vom Reich weggerissen hat, schlimmer behandelt werden, als in normalen Staaten Verbrecher.“

Die deutsche Reichsregierung sieht dieser Entwicklung mit Aufmerksamkeit und Bitternis zu. Es wäre eine lobenswerte Aufgabe des Völkerbundes, sein Interesse der Respektierung der Autonomie des Memelgebietes zuzuwenden und es praktisch wirksam werden zu lassen, ehe auch hier die Ereignisse Formen annehmen, die eines Tages nur von allen Seiten bedauert werden könnten. Die dort stattgefundenere Vorbereitung der Wahl stellte eine Verhöhnung von Recht und Verpflichtung dar! Schon in seiner großen außenpolitischen Rede vom 21. Mai hat der Führer und Reichskanzler die Forderung Deutschlands unterstrichen, daß von Litauen die Achtung und Innehaltung des Memelstatuts erwartet werden mußte. Die vier Mächte England, Frankreich, Italien und Japan haben das feierliche Versprechen abgegeben, die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Statuts zu gewährleisten. Nicht die Memelländer wollen das Statut beseitigen, sondern die Litauer. Dazu sollten die am 29. September stattfindenden Wahlen benutzt werden. Der Landtag ist das letzte Bollwerk der memelländischen Autonomie. Diese sollte nun am 29. September in litauische Hand fallen. Eine große Zahl von Litauern sind im Memelgebiet neu eingebürgert worden, kurz, alles war geschehen, um die Wahlergebnisse zu verfälschen. Es wäre die Pflicht der Garanten des Memelstatuts, durch eine Volksabstimmung eine Neuordnung der Memelfrage herbeizuführen. Versagen die Garantemächte wiederum, so fällt ihnen die Schuld an den sich hieraus möglicherweise ergebenden Verschlimmerungen der Lage voll und ganz zu.

Aber Litauen glaubte sicher zu sein, gedeckt von dem großen Bruder in Moskau. Darum erlaubt es sich Uebergriffe, die von einer Art Größenwahnsinn zeugen. Die Sprache, die der Außenminister Łozaraitis in Genf führt, seine Beteuerungen der Treue und Ergebenheit gegenüber dem Völkerbund, können nur als grotesk bezeichnet werden. Litauen als Wahrer der Humanität! Höher gehts nimmer!

Wenn das Weltgewissen endlich erwachen will, und Humanität üben, dann hat es reichlich Gelegenheit dazu durch die Errichtung einer Front gegen den Weltbolshewismus, dessen Herausforderungen auf dem siebenten Weltkongreß der Komintern alles Maß überschritten haben.

Das Anklagematerial, das hier von führenden Männern der Partei zusammengestellt worden ist, ist in seiner Fülle und Beweisbarkeit erdrückend zu nennen. Die Kennzeichnung des Bolschewismus durch die Reden Dr. Gobbels und Alfred Rosenbergs werden wohl auch denjenigen endlich die Augen geöffnet haben, die die ungeheure Gefahr der Moskauer Welt- und Kulturzerstörung noch nicht voll begriffen haben. Nicht allein sind im Jahre 1921/22 nach Angaben eines Sowjetstatistikers 5,2 Millionen Menschen schmählich am Hungertode verblieben, und im

Jahre 1934 wieder Millionen. Es sind auch in den ersten 5 Jahren der Sowjet-herrschaft nach zuverlässigen Schätzungen und Angaben der roten Machthaber 1 860 000 Menschen aller Klassen hingemordet worden, eine fürchterliche, grauenerregende Zahl. Die Einheit von Judentum und Bolschewismus ist seit langem erwiesen. Sie ist noch einmal unter Beweis gestellt worden.

Gegenüber der neuen Kampfansage Moskaus muß es gelingen, eine Gegenfront zu bilden, die sich gegen die wachsende Bedrohung der europäischen Kultur endlich zur Wehr setzt. Durch Moskau werden alle europäischen Kulturnationen bis ins innerste bedroht. Hier heißt es, klare Entscheidungen zu treffen, zwischen dieser und jener Seite.

Afrika als europäische Rohstoffbasis

„Das Problem, vor das die Staatsmänner jetzt gestellt sind, ist höchst einfach: Kann der Zerfall Europas noch weiter fortschreiten, ohne den Ruin der gesamten Kultur heraufzubeschwören?“ (Nitti: „Das friedlose Europa“.)

Die koloniale Rohstofffrage in Genf. — Die Rede von Sir Hoare. — Der deutsche Standpunkt. — Das koloniale Unrecht muß wieder gutgemacht werden. — Das Rohstoffproblem ist dringender für uns.

Wie auch der italienisch-abessinische Streitfall schließlich ausgehen mag, ob Italien seine Herrschaft über ganz Abessinien oder nur einen Teil ausdehnen wird, ob es die wirtschaftliche Vormacht im Landes des Negus wird oder diese Vormachtstellung mit den Anrainern Abessiniens teilen muß, eins dürfte sich als Ergebnis herauschälen lassen, und zwar die Frage, inwieweit wird und muß Afrika als europäische Rohstoffbasis um- und neugestaltet werden? Für die europäischen Mächte hat heute Afrika in wirtschaftlicher und völkischer Beziehung ganz außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Afrika ist der Kontinent, der den europäischen Energien das nächste und weitausgedehnteste Feld der Wirkungsmöglichkeiten bietet. Es ist dünn besiedelt, kaum 5 Menschen kommen auf den Quadratkilometer. Zwar sind ungeheure Flächen der menschlichen Siedlung so gut wie dauernd verschlossen, teils als sterile Wüsten, teils als immerfeuchte Tropengebiete, doch sind andererseits riesige Savannenländer und unendliche Hochländer vorhanden, die wirtschaftliche Möglichkeiten bieten, wie sie nur noch jungfräulich unerschlossene Länder besitzen. Die Einwohnerzahl Afrikas beträgt heute etwa 142 Millionen, kaum zwei Fünftel der Bevölkerung Europas ohne Rußland. Nur in wenigen Teilen Afrikas ist eine dichtere Bevölkerung vorhanden, weil hier Industrien entstanden oder Bewässerungsmöglichkeiten in stärkerem Maße ausgenutzt wurden. Im großen und ganzen wird man ohne Uebertreibung sagen können, die Stunde Afrikas kommt noch. Unendlich wie seine Räume, so unendlich sind seine Zukunftsaussichten für die europäische Wirtschaft. In Afrika könnte Gemeinschaftsarbeit verrichtet werden.

Seit dem italienischen Vorstoß nach Ostafrika ist die Frage der Neuverteilung des gesamten Kolonialbesitzes aufgerollt worden. Wohl gemerkt, das gesamte Kolonialproblem, wie wir es an Hand der Ausführungen des italienischen Staatschefs und des englischen Außenministers Sir Samuel Hoare in dem Artikel: „Was will das werden?“ beleuchtet haben. Sie Hoare hat am 11. Juli eine der schwierigsten Fragen, das Problem der Staaten berührt, die Kolonien besitzen und derjenigen, die keine besitzen.

Die Rede hatte in der Weltpresse ein bedeutendes Echo gefunden. Nicht nur englische

Stimmen haben sich zustimmend geäußert, auch andere Stimmen wurden laut, die die Frage stellten, ob nicht die Zeit gekommen wäre, um auf Grund des Artikels 19 des Paktes die Frage zu prüfen, ob die gegenwärtige Verteilung der Kolonialgebiete den Forderungen der heutigen Gerechtigkeit entspricht.

Auch in der belgischen Presse hat man sich jetzt mit der deutschen Kolonialforderung beschäftigt. In der „Nation Belge“ hat der Berliner Korrespondent der Zeitung „Ambroise Got“ sich dahin ausgesprochen, Deutschland benutze den italienisch-abyssinischen Konflikt, um für sich auf dem Gebiete der Wiedererlangung der Kolonien das Möglichste zu erreichen. Es sei nicht erstaunlich, daß die Herren des Hitlerreiches die italienisch-abyssinischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit verfolgten, sie hüteten sich aber wohl, ihre Hintergedanken laut werden zu lassen, um jegliche Komplikationen des Streites zu verhindern. Deutschland aber könne in diesem Spiele auf jede Karte setzen: es sei immer sicher, zu gewinnen. Das träfe besonders für die Kolonialfrage zu.

Der deutsche Standpunkt in der Kolonialfrage ist ohne Hintergedanken offen und unzweideutig von uns wiederholt klargestellt worden, lange vor der italienisch-abyssinischen Spannung. Es handelt sich für uns in erster Linie um ein moralisches Recht. Wir haben unseren Ueberseebesitz in Form allen Rechtes erworben. Er ist uns geraubt worden unter höchst fadenscheinigen Gründen. In zweiter Linie handelt es sich um wirtschaftliche Notwendigkeiten. Ein Land wie Deutschland kann ohne eigene Rohstoffbasis gar nicht existieren. Auch dieser Gesichtspunkt ist von uns schon seit dem Kolonialraub unverändert immer wieder vertreten worden. Schließlich ist es auch ein ideeller Grund, der uns als ein Volk, das überall in der Welt kolonisiert hat, dazu zwingt, in diesen Wettbewerb der Kulturbringer zu treten. Allem Wirtschaftlichen liegt schließlich auch ein Geistiges zugrunde. Dies läßt sich nicht in Zahlen und Ziffern ausdrücken. Deutsche waren es, die in grundlegender Weise sich in die Urgeschichte der Völker vertieft, die in der Erhellung und Darstellung der Völker des Orients ihr Bestes gegeben haben. In diesem Geistesringen dürfen wir auch in Zukunft nicht fehlen.

Nun hat der englische Außenminister am 11. September noch einmal zu der Kolonialfrage das Wort ergriffen. Er sagte (nach Bericht der Berliner Börsen-Zeitung) u. a., die Fülle an Rohstoffen habe einigen Ländern besondere Vorteile gegeben. Die Bedeutung eines solchen Vorteils werde aber gern übertrieben. Es gebe Länder, die ohne besondere Rohstoffquellen durch Industrie und Handel zu Wohlstand und Macht gelangt seien. Immerhin seien einige weniger begünstigte Staaten von einer gewissen Besorgnis erfüllt. Besonders hinsichtlich der kolonialen Rohstoffe sei es natürlich, daß ein solcher Zustand der Ungleichheit zu der Befürchtung Anlaß gegeben habe, daß ausschließlich Monopole auf Kosten der Länder geschaffen würden, die keine Kolonialreiche besäßen. Es wäre verkehrt, dieses Problem zu verkennen. Es werde vielleicht übertrieben oder für andere Zwecke ausgenützt. Da jedoch die Frage Unzufriedenheit und Besorgnis verursache, so sei es vernünftig, ihr nachzugehen und zu sehen, was zu ihrer Lösung vorgeschlagen werde, was der wirkliche Grund der Unzulänglichkeiten sei, und wenn sie berechtigt seien, ihre Beseitigung zu versuchen.

Nach Auffassung der britischen Regierung sei die Frage viel mehr wirtschaftlicher als politischer und territorialer Art. Seine Auffassung gehe dahin, daß es sich gegenwärtig bei dem kolonialen Rohstoffproblem nicht um die Benachteiligung irgendeines Käufers, sondern um die Unmöglichkeit eines Verkaufs zu lohnenden Preisen handle. Die Feststellungen der Londoner Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1933 könnten die Grundlage für eine Untersuchung bilden, die in diesem Falle auf Rohstoffe aus Kolonialgebieten einschließlich der Protektorats- und Mandatsländer beschränkt werden sollte.

Der Nachdruck müßte dabei auf das Problem der Neuverteilung dieser Rohstoffe unter die Industrieländer, die sie brauchten, gelegt werden, so daß ein für allemal jede Furcht vor Ausschluß oder Monopolen beseitigt würde. Selbstverständlich erfordere eine solche Untersuchung Ruhe und leidenschaftlose Erwägung, die aber in einer Atmosphäre des Krieges und der Kriegsdrohung unmöglich sei.

Wenn diese Kriegswolken nur verschleucht werden könnten, könnte man mit um so größerer Wirksamkeit sich diesen wirtschaftlichen Fragen zuwenden, auf die es in der modernen Welt oft vielmehr ankomme, als auf politische Fragen. —

Die Frage erhebt sich hier, was ist der eigentliche Sinn dieser Rede. Sind es nur schöne Worte oder verbirgt sich hinter ihnen eine wirkliche Bereitwilligkeit Englands, in eine Neuordnung der Kolonialfrage einzutreten? Sollte sie nur etwas Öl auf die erregten Wogen gießen? Laßt uns alle Realisten sein!, hat Hoare vor zwei Monaten ausgerufen. Nun, die Zeit ist gekommen, dem Realismus die Tat folgen zu lassen. Dazu gehört aber ein offizieller Antrag an den Völkerbund, die Frage der Mandatsverteilung neu zu ordnen. Eine geordnete Rohstoffversorgung ohne Zuteilung von Kolonien ist ein Ding der Unmöglichkeit. Nicht das koloniale Rohstoffproblem oder die Preisfrage kolonialer Erzeugnisse steht im Vordergrund, sondern die Frage, ob das koloniale Unrecht wieder gutgemacht werden soll. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der koloniale Anspruch Italiens von demjenigen Deutschlands.

Die Aufnahme des Hoareschen Vorschlags ist geteilt. Die „Times“ hat den Ausführungen des englischen Ministers zugestimmt. Den raumbeengten Staaten solle durch eine freiere Verteilung der Rohmaterialien aus den Kolonien geholfen werden. Wie das geschehen soll, bleibt allerdings unklar. Dagegen hat die „Daily Mail“ ohne weiteres zugegeben, daß ein derartiger Plan das koloniale Problem nur berühren, niemals aber lösen könne. Die landarmen Staaten mit ihrer Ueberbevölkerung brauchten einen uneingeschränkten Besitz von Kolonien.

In der Sitzung der Genfer Mandatskommission ist, wie so oft schon, die Mandatsfrage erneut angeschnitten worden. Der norwegische Vertreter Dr. Lange hat sich scharf gegen die Bestrebungen gewandt, die Grenzen der Mandatsländer mit den anschließenden Kolonien der Mandatsinhaber zu verwischen. Das Mandatssystem dürfe nicht als Tarnung kolonialer Annexion gedeutet werden.

Lord Craneborne gab die bedeutsame Erklärung ab, daß die britische Regierung eine konstitutionelle Closer Union nicht wünsche, also keine Eingliederung des Mandatsgebietes Tanganyika in ein Britisch-Ostafrika. Die Zusicherung des Ormsby-Gore aus dem Jahre 1933 würde weiterhin maßgebend für die ostafrikanische Politik bleiben. Das Richtige wäre, wenn die britische Regierung sich zu einer vornehmen Geste entschließen würde und für deutsche Siedlung und Plantagenerrichtung den notwendigen Raum in weitherziger Weise zur Verfügung stellen würde.

Daß wir Frankreichs Widerstand in der Kolonialfrage begegnen würden, nimmt kein Wunder. Archimboud, der Berichterstatter des Militärhaushalts, erklärte, daß Frankreich sein Kolonialreich nicht einengen könne. Togo und Kamerun seien dank der französischen Kolonialpolitik Perlen des französischen Kolonialreiches geworden. Frankreich hat genug Perlen in seiner Kolonienkrone, die noch lange nicht einen höheren Stand wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung erlangt haben. Die deutschen Kolonialgebiete in der französischen Hand haben lange dahingeseht. Sie sind für die französische Wirtschaft überflüssig. Alles, was sie erzeugen könnten, bietet französisch-Äquatorialafrika in Hülle und Fülle.

Der Weltpräsident Wilson hatte bekanntlich im Punkt 5 seiner 14 Punkte vom Januar 1918 die Forderung erhoben nach einer freien, verurteilslosen und völlig unparteiischen

Zuerkennung des Grundsatzes, nach dem bei der Festsetzung aller derartigen Hoheitsrechte die Interessen der Bevölkerung mit den gerechten Ansprüchen, deren Titel in Erwägung zu ziehen ist, Berücksichtigung genießen sollen.

Trotzdem wurde Deutschland gezwungen, zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen zu verzichten. Das bedeutete für uns den Verlust von 2 954 605 Quadratkilometer Land mit 14,8 Millionen Einwohnern.

Unser Besitz in Afrika betrug 2 707 000 Quadratkilometer mit etwas über 13 Millionen Einwohnern. Davon hat England trotz seines Riesenbesitzes sich den allergrößten Teil angeeignet, nämlich 1 064 000 Quadratkilometer mit 5 400 000 Einwohnern, wozu noch Deutsch-Südwestafrika mit 855 000 Quadratkilometer und 200 000 Einwohnern kam.

England erhielt:

Den Westen von Togo	34 000 Quadratkilometer mit	200 000 Einwohnern,
Westkamerun	88 000 Quadratkilometer mit	700 000 Einwohnern,
Deutsch-Ostafrika	942 000 Quadratkilometer mit	4 500 000 Einwohnern,
	<u>1 064 000 Quadratkilometer mit</u>	<u>5 400 000 Einwohnern,</u>
Deutsch-Südwestafrika	855 000 Quadratkilometer mit	200 000 Einwohnern,
	<u>1 899 000 Quadratkilometer mit</u>	<u>5 600 000 Einwohnern.</u>

Frankreich erhielt:

Ost-Togo	56 000 Quadratkilometer mit	750 000 Einwohnern,
Altkamerun	418 000 Quadratkilometer mit	1 900 000 Einwohnern,
Neukamerun	284 000 Quadratkilometer mit	1 500 000 Einwohnern,
	<u>758 000 Quadratkilometer mit</u>	<u>4 150 000 Einwohnern.</u>

Belgien erhielt:

Nordwesten von Ostafrika,		
Ruanda und Urundi,	53 000 Quadratkilometer mit	3 400 000 Einwohnern,

Insgesamt: 2 710 000 Quadratkilometer mit 13 150 000 Einwohnern.

Frankreich besitzt heute ein volles Drittel des afrikanischen Kontinents, der eine Gesamtfläche von 29 Millionen Quadratkilometern umfaßt (also ohne Madagaskar und Reunion) und ein volles Viertel der Bevölkerung. Der englische kontinentale Besitz umfaßt 9 908 000 Quadratkilometer, ist also um ein geringes größer, aber unendlich wertvoller. Abgesehen von der weniger wertvollen Kolonie Britisch Somaliland beherrscht England ein Kolonialgebiet, das zum allergrößten Teil landwirtschaftlich nutzbar ist. Gewisse Gebiete sind zudem als Bergbaugebiete von Weltbedeutung. Die beiden Rhodesien mit einer Gesamtfläche von 1,2 Millionen Quadratkilometer sind nicht nur Bergbaugebiete ersten Ranges, sondern auch Farmländer mit noch schwacher europäischer Bevölkerung. Nord-Rhodesien weist nach Professor E. Obst im Jahre 1931 nur 13 160 Europäer bei einer Gesamtfläche von 1 385 400 Quadratkilometer auf, während in Süd-Rhodesien bei 389 370 Quadratkilometer 50 000 Weiße neben 1 100 000 Negern leben. Es ist eine Lebensfrage für die Länder Süd- und Mittelafrikas, daß die Herrschaft der Weißen nicht in einem Meer der schwarzen Bevölkerung versinkt. Ohne die Besiedlung der für Weiße geeigneten Hochländer Afrikas wird Afrika nie einen Kulturzustand erreichen, wie er heute in absehbarer Zeit möglich wäre.

Mit Zollmaßnahmen oder sonstigen Erleichterungen läßt sich das Rohstoffproblem nicht lösen, wohl aber mit einer freieren Handhabung der Siedlungs- und Anbaumög-

lichkeiten. Würde es wohl vorkommen, daß die Kaffeezüchter in Deutsch-Ostafrika um ihren Absatz besorgt wären, wenn in Deutsch-Ost die deutsche Flagge wehen würde, würde die Tee-Erzeugung beschränkt werden, wenn wir den Tee mit deutschem Gelde erzeugen würden? Würden die Kupfergruben der Otavigesellschaft stillgelegt bleiben, wenn Deutsch-Südwest unter deutschem Einfluß stünde?

Die Erschließung Afrikas ist heute vornehmlich ein Verkehrsproblem und in zweiter Linie ein Kultur- und Siedlungsproblem. Wir wissen heute noch lange nicht, welche Anbaumöglichkeiten sich für tropische und subtropische Erzeugnisse in Afrika in Zukunft bieten werden. Hier werden Versuchsplantagen erst Gewissheiten geben. Beispielsweise wurde vor dem Kriege in unserm Ostafrika die wilde Seidenraupe gezüchtet, die das bekannte Erzeugnis der Wildseide lieferte. Ein seidenarmes Land wird diesen durchaus brauchbaren Rohstoff mit Nutzen anpflanzen, während für Länder wie Frankreich oder Italien die Zucht der wilden Raupe weniger in Betracht käme.

Einst mußten, schreibt Professor F. Jäger in der Sammelschrift „Afrika, Europa und Deutschland“, die Europäer Afrika politisch erobern; jetzt müssen sie es kulturell erobern. Es müssen neue Wirtschaftsformen, ja neue Lebensformen gefunden werden für die Eingeborenen und die Europäer. Das ist eine Aufgabe riesigen Ausmaßes, die nur von den europäischen Völkern gemeinsam nach großen Gesichtspunkten gelöst werden kann. Daß diese Aufgabe so gut wie möglich gelöst, daß Afrika so gut wie möglich kultiviert wird, ist ebenso notwendig für die Europäer wie für die Afrikaner. Bei dieser Aufgabe ist die Mitwirkung des deutschen Volkes, das in seinen Kolonien Mustergültiges geleistet hat, nicht zu entbehren. Darum erfordert es nicht nur das Wohl Deutschlands, sondern ebenso sehr das Wohl Afrikas und das Wohl Europas, daß das Deutsche Reich wieder Kolonien in Afrika erhält.“

Wenn wir Kolonien zurückfordern, so liegt dieser Forderung kein Macht Hunger zugrunde. Wir wollen zeigen, was das neue Deutschland auf eigenem Kolonialraum zu leisten imstande ist. Uns brennt es in der Seele, daß man uns vor 16 Jahren als kolonialunwürdig hingestellt hat. Wir erheben einen Rechtsanspruch. Hinter diesem aber steht der geläuterte Wille eines ganzen Volkes.

Im Kampf um das Mittelmeer

Die historische Rolle des Mittelmeeres. — Der Wechsel der Macht. — Französischer See und mare nostrum. — England für die Herrschaft des Rechts. — Die Welt bleibt nicht auf einem Fleck. — Drohende Verwicklungen.

Man muß einige Blätter in der Geschichte des Mittelmeeres zurückblättern, wenn man zu den vor unsern Augen sich mit wachsender Geschwindigkeit abspielenden großen Ereignissen nicht nur Distanz, sondern einen höheren Standpunkt gewinnen will, der uns einen umfassenderen Blick auf die kommenden Dinge gestatten kann. Es war Delcassé, der Mann mit dem verkümmerten Oberlehrergesicht, der Mann, der von abgrundtiefem Haß gegen Deutschland erfüllt war, der nach der Niederlage von Faschoda (1898) mit einem gewaltigen Ruck das französische Staatsruder herumwarf und seit 1899 die Vorbedingungen für eine Neuordnung der Machtverhältnisse im Mittelmeer schuf. Auf ihn ist die englisch-französische Verständigung zurückzuführen durch das Generalabkommen vom 11. April 1904, das Deutschland nicht einmal amtlich mitgeteilt wurde. Auf ihn geht auch die französisch-englische Entente zurück, die schließlich zum Weltkrieg führen mußte. Wie die Glieder einer Kette hängen die Ereignisse zusammen, die den Knoten geschürzt haben, der heute nicht mehr zu lösen

ist, sondern mit dem Schwerte durchhauen werden muß. Man kann sogar noch früher in der Geschichte zurückgehen und auf den Korsen hinweisen, der die Augen Frankreichs auf das Mittelmeer lenkte und das Mittelmeer als einen französischen See pries. Napoleon I. hat Frankreich auf Nordafrika hingelenkt und seine Geheimboten haben schon um die Jahrhundertwende den Platz erkundet, an dem schließlich das französische Expeditionskorps am 14. Juli 1830 in der Bucht von Sidi Ferruch bei Algier landete. Die Eroberung von Algerien machte den Verfall des großtürkischen Reiches wahr, es folgten die Freiheitskämpfe auf dem Balkan, Griechenland errang seine Freiheit, der Islam verlor seine Hauptstützen. Mühelos konnte Frankreich sich schließlich in Tunesien festsetzen.

Wieder wurde die alte Wahrheit klar, daß nirgends der Wechsel der Macht so beständig ist wie hier in diesem gewaltigen Meeresbecken, das drei Kontinente begrenzt und durch das Hochstraßen des Weltverkehrs ziehen.

Im Kriegsfalle werden die Pässe des Mittelmeeres zu Brennpunkten höchster Kraftentfaltung. Der Besitz ihrer strategischen Lage ist entscheidend für den Ausgang von Weltstellungen. Der Krieg, sagte Napoleon, ist eine Angelegenheit um die geeigneten Positionen.

Darum faßte Napoleon nach Ägypten, dessen hohe Weltstellung schon Leibnitz erkannt hatte. Im 19. Jahrhundert hat das Mittelmeer seine alte historische Rolle wieder erhalten, seitdem der afrikanische Kontinent in die Brennweite des europäischen Einflusses getreten ist.

Für das antike Rom war das Mittelmeer das römische Meer. Es ist ein ehernes Gesetz der Geschichte: Geopolitische Notwendigkeiten setzen sich durch, geschichtliche Traditionen können wohl zeitweise verschüttet werden, sie erwachen zu neuem Leben, wenn ihre Zeit gekommen ist.

Frankreich hat Italien nicht gehindert, aber auch nicht gefördert. Italien befindet sich, sagte einmal ein Franzose, im Zustand des geschlossenen Regenschirms. Es ist nicht Frankreichs Aufgabe, den Regenschirm sich öffnen zu lassen.

Dennoch hat Frankreich sich gezwungen gesehen, zu der Öffnung des italienischen Regenschirms beizutragen. Es war Delcassé, der aus der Fashoda-Affaire die Schlussfolgerungen zog.

Der Vorstoß des Obersten Marchand durch den Sudan nach Ostafrika war ein Stoß in den verwundbarsten Punkt Englands. Frankreich wollte ein afrikanisches Großreich schaffen, das vom Atlantik bis zum indischen Ozean reichen sollte, in seine kleine Kolonie von Obock am Golf von Aden. Ein derartiger Block hätte England an seiner Schlagader getroffen. Darum mußte Marchand aus Fashoda weichen. Frankreich aber gab in einem Geheimvertrag von 1901 Tripolitaniens dem italienischen Einfluß preis und besiegelte dieses Abkommen in einem zweiten Vertrage, während es Spanien die Anwartschaft auf Nord-Marokko eröffnete.

Die Eroberung Marokkos gab Italien die Möglichkeit, seine Rechnung zu präsentieren und die Eroberung Tripolitaniens 1911 in die Wege zu leiten. Dadurch aber wurde die Schwäche der Türkei offenbar. Die Balkankriege zerschlugen das türkische Vorkriegsgebiet in Europa, Südslawien errang vor den Toren Oesterreichs eine Machtstellung, die die Doppelmonarchie ihrer Lebenskräfte beraubte. Nur ein Dreimächtereich mit Südslawien hätte die Welt vor einem Zusammenstoß bewahren können. Anders war ein Zusammenstoß an dieser Grenze unvermeidlich. Auch ohne den Mord an dem österreichischen Thronfolger war der Krieg unvermeidlich, da die

politischen Kraftgewichte verschoben waren. Es war die Lage entstanden — entweder — oder. Serbien mit Oesterreich oder gegen.

Auf dem Grunde des italienischen Streitfalles liegt der alte Gegensatz, daß die Mächte des Mittelmeeres kein volles Heimatrecht in diesem gewaltigsten Binnenmeer besitzen. Die erste Weltmacht muß und hat auch stets die unsichtbare Herrschaft im Mittelmeer ausgeübt. Erst recht, seit das Mittelmeer keinen Engpaß mit geschlossenem Ausgang bildet.

Die herrschende Weltmacht hat aber nicht nur die Hauptstützpunkte im eigenen Besitz verwaltet, sie hat sich auch eine Mittelmeermacht zu ihrem engeren Freunde erkoren. Englands Bindung an Frankreich war eine Teilhaberschaft, die beiden diente, obwohl zu verschiedenen Zwecken geschlossen.

Diese Geschäftsteilhaberschaft hat sich in den letzten Jahren gelockert, sie mußte viel von ihrem Wert verlieren, als Italien den obengenannten Regenschirm mit Hilfe Frankreichs aufzuspannen begann. Das Abkommen vom Januar 1935 war Frankreichs Partherpfeil. Es war Rache für Fashoda, wie wir es schon vor Monaten genannt haben. Der abessinische Konflikt kann nie und nimmer als ein Kolonialkrieg gewertet werden. Es wird und muß die englische Weltstellung bedrohen, die Machtgewichte im Mittelmeerraum verschieben, ja umstoßen. Mag Mussolini auch allen Ernstes glauben, daß er die englischen Belange respektieren will, die Zeit muß kommen, wo die naturgegebenen Notwendigkeiten zur Abrundung des italienischen Ostafrikareiches zwingen werden.

An Englands Brückenpfeilern durch das Mittelmeer führt der Holzwurm sein stilles Werk aus. Italien begehrt Malta von den „Mittelmeerpiraten“, Spanien schießt nach Gibraltar, Griechenland nach Cypern. Winston Churchill prägt das wenig anmutige Wort von den Geiern, die am Himmel kreisen und das fette Aas des britischen Weltreiches zu zerhacken drohen. Und fährt dann fort, eine englische Aufrüstung zu fordern, weil Deutschland auferüstet habe. Es gibt Gottseidank wenig Engländer, die an einer derartigen Gehirnverkalkung leiden. Gerade umgekehrt liegt die Sache. Die Geier, die Englands Weltstellung bedrohen, haben andere Federfarben.

Die erste Stunde erfordert gewissenhafteste Prüfung und messerscharfen Blick. Frankreich wird Italien mit Sühnemahnahmen nicht wehe tun, was auch kommen mag. Frankreich wünscht heute Italien als Schutzmacht für die Niederhaltung Deutschlands, heute wie 1914, als es mit Lockmitteln nicht sparte.

Wenn die lateinische Freundschaft sich praktisch auswertet, muß sich auch auf der anderen Seite eine freundschaftliche Berührung als notwendig erweisen, die rassistisch verwandte Völker einander näher bringt. Wenn dieser Völkerbund durch seine inneren Gebrechen, gewissermaßen seine Geburtsfehler, sich als nicht lebensfähig erweist, so wird ein neuer Völkerbund entstehen, auf neuen Grundmauern errichtet, der die Herrschaft des Rechts, wie sie der englische Außenminister Sir Hoare so schön umschrieben, verankern wird.

Herr Beneš hat unsere Zeit schön und erregend gefunden. Sie ist mehr als erregend: In diesen Tagen wird Weltgeschichte gemacht. Die Welt hat ein anderes Aussehen gewonnen, als sie vor den Sommermonaten dieses Jahres hatte. Wer die englische Weltstellung unterschätzt, ihr Kräftemaß und ihre zähe Entschlossenheit, den Schicksalsweg bis zum Ende zu gehen, der wird die Folgen zu spüren bekommen.

Mussolini scheint Englands überragende Weltstellung zu unterschätzen. Früher oder später muß England zu der Kräfteverschiebung Stellung nehmen. Darum ist dieser Krieg kein Kolonialkrieg, auch wenn er heute auf den lokalen Kriegsschauplatz begrenzt werden sollte. Der Brief, den der englische Außenminister Sir Hoare an den französischen Botschafter Corvin in London gerichtet hat, ist ein Zeitdokument von höchster Bedeutung und Tragweite. England hat sich in einer von höchster Verantwortung getragenen Form verpflichtet, zum Völkerbundsvertrag zu stehen. Es hat in den Vordergrund seiner politischen Ziele die Bemühungen gestellt, in den internationalen Angelegenheiten die Herrschaft des Rechts zu errichten. Das englische Gewissen, betonte der Wortsprecher des englischen Empire, neigt sich in zunehmendem Maße der Errichtung eines wirklichen Rechts zu. Niemand darf darin englischen Cant sehen. Daß hierbei englische Lebensbelange zugrunde liegen, muß zugegeben werden. England verdammt den Krieg aus moralischen Gründen und sieht in der gemeinsamen Aufrechterhaltung der Völkerbundsatzung das Hauptziel. Es fühlt die Verpflichtung, allen Akten eines unprovokierten Angriffs gemeinsamen und festen Widerstand zu leisten. Es will nicht alles über einen Kamm scheeren. Elastizität ist erforderlich. Hoare drückte es klar und deutlich aus: „Die Welt bleibt nicht auf einem Fleck stehen.“

Nun sind die Würfel gefallen. Das blutige Vorspiel hat begonnen. „Die feierliche Stunde in der Geschichte des Vaterlandes bricht an“, so hatte der Duce bei dem Generalappell des 1. Oktober, bei dem 20 Millionen Italiener sich versammelt hatten, ausgerufen. Damit hat der Duce erneut seinen Willen bekundet, den Weg des Heroismus und des Kampfes um den Platz an der Sonne zu beschreiten.

Italienische Truppen haben bereits von Assab her aus einem Winkel im Süden der italienischen Kolonie Erythrea, der an das französische Somaliland anstößt, die Grenze überschritten, um einen breiten Frontalangriff einzuleiten, der sich auf das Gebirgsmassiv des Mussa Ali stützt. Andere Kolonnen haben die Grenze von Asmara überschritten. Von dem beherrschenden Gebirgsstock des Mussa Ali, der wohl bald strategisch ausgebaut werden wird, beträgt die Entfernung zu der französischen Zubringerbahn nur 300 Kilometer. Italien will also die Versorgung Abessinien durch die französische Bahn so rasch als möglich abschneiden.

Ohne Kriegserklärung hat Italien seinen Truppen das „Avanti“ zugerufen, nachdem die viermonatliche Regenperiode ihr Ende erreicht hat. Damit sind die Genfer Beratungen auf einen toten Punkt gelangt. Fragt sich, ob nunmehr automatisch Sühnemaßnahmen irgendwelcher Art einzusetzen werden. Der Bruch der Völkerbundsatzungen ist offenbar, da der Duce nicht die Entscheidung des Ausschusses abgewartet hat.

Was Sühnemaßnahmen bedeuten, liegt auf der Hand. Sind sie nur wirtschaftlicher Natur, werden sie die Italiener nicht von der Eroberung Abessinien abhalten. Sind sie militärischer, so können sie leicht zu einem neuen Weltbrand führen. Denn aus militärischen Maßnahmen kann durch einen Zufall schon die kriegerische Erwidernng sich entwickeln. Und damit alle die Pakte und Beistandsverpflichtungen wie Billardkugeln durch einen Anstoß zusammenprallen.

Will Italien seinen Wunschtraum zur Erfüllung bringen und sich in ganz Abessinien festsetzen, dann hat es die englische Vormachtstellung im Mittelmeer unterhöhlt, dann ist Ägypten nur ein Anhängsel des neuen italienischen Kolonialreiches. Die mohammedanische Welt, die schon heute von Unruhe erfüllt ist, wartet nur auf einen Anstoß zur Erhebung. Wird England nicht gezwungen werden, sich zur Wehr zu setzen, ob mit oder ohne Frankreich?

Dr. P. Mohr.

Von kommenden Dingen

Von Dr. Paul Mohr.

Krieg ohne Kriegserklärung. — Raum als Waffe. — Der Luftkrieg als revolutionierender Faktor. — Die Verkleinerung Europas. — Die Verengung seiner Wirtschaftsbasis. — Proletarische Nationen. — Das Rohstoffproblem.

Man kann Krieg führen mit Kriegserklärung, nachdem man die Möglichkeiten einer friedlichen Ausräumung von Streitfragen allseitig erschöpft hat. Das ist sozusagen die alte Form der Vorkriegszeit von 1914. Die politischen Beziehungen werden abgebrochen, die Botschafter und Konsuln abgerufen, die Wirtschaftsbeziehungen werden zerrissen.

Man kann Krieg führen auch ohne Kriegserklärung. Die Möglichkeiten zur Verständigung werden vorher nicht erschöpft. Die Botschafter und sonstigen Vertreter der kriegführenden Mächte werden nicht abgerufen. Es setzt der Krieg schlagartig ein; irgendwo an der Grenze erscheinen Flieger, die Bomben abwerfen ohne Warnung. Frauen und Kinder sind nicht in Sicherheit gebracht. Das ist die neueste Form des Kriegesalles.

Sie ist nicht ganz so neu. Schon Japan hat sie im russisch-japanischen Krieg angewandt. Der Krieg gegen China in der Mandschurei begann gleichfalls ohne Kriegserklärung. Dann kann man noch den japanischen Zug nach Shanghai erwähnen. Offiziell wurde auch hier nicht Krieg geführt.

Das Wort Krieg hat einen schlechten Beigeschmack bekommen. Man spricht von Strafexpeditionen. So führt England solche in Nordwestindien. Man sprach von friedlicher Durchdringung, als Frankreich 1909—1914 in Marokko vorging oder auch von Liquidierung einer Krise. Japan rüstet und führt Expeditionen in Nordchina und der Mongolei aus zur Vermeidung einer „kommenden Krise“. Italien führt jetzt einen Kolonialkrieg ohne Kriegserklärung. Man wird nicht umhin können, nach den tieferen Gründen zu forschen, ob es sich hier um eine langsam anbahnende Entwicklung handelt, die auch zwischen europäischen Mächten einmal Platz greifen könnte. Liegt dieser Handstreichtaktik ein tieferer Zwang zu Grunde?

Heute wird an zwei Stellen der Erde Krieg geführt, von Japan in China und von Italien in Abessinien. In beiden Fällen sehen wir Kräfte wirksam, die gerade zu zwangsmäßig zum Handeln nötigten. Beide Staaten sind gezwungen, ihren Blick nach außen zu richten, um Lebensraum zu schaffen, da ihnen kein anderer Ausweg blieb. Beiden kriegerischen Uebergriffen liegen Notwendigkeiten zugrunde, die ein scharfes Licht auf die politischen und wirtschaftlichen Umschichtungen werfen, die seit dem großen Völkerringen zu Tage getreten sind.

Die Nachkriegszeit hat Probleme an den Tag gefördert, die in dieser scharfen Form nicht gestellt waren. Ganz neue Probleme sind aufgetaucht, die zu ihrer Lösung neue Ideen und Methoden der Politik und Wirtschaft erfordern. Je scharfer der Kampf um die Lebensmöglichkeiten geworden ist, desto notwendiger erweisen sich die Formen zur Pflege von Rasse und Volkstum. Die Hochzüchtung bester Rasseigenschaften bildet das Ziel, um in den Entscheidungskämpfen möglichst gerüstet dazustehen. Der Krieg der Zukunft wird total sein. Er wird das ganze Land umfassen. Er wird an die Nervenkräfte die höchsten Anforderungen stellen.

In erster Linie hat sich die Bedeutung des Raumes für den europäischen Menschen erhöht. Die Raumnöte schafft jene Unruhe, die für einige Staaten ganz besonders kennzeichnend ist. Vielgestaltig ist die Bedeutung des Raumes, vielfältig sind

seine Ausstrahlungen. Aus Lage und Standort ergeben sich Notwendigkeiten, die ihr Gesetz in sich tragen. Raum ist Waffe. Raumveränderungen und Umgestaltungen schaffen Waffen im Daseinskampf. Vielleicht wird die Luftwaffe auf das europäische Zusammenleben genau so revolutionierend wirken, wie seiner Zeit die Entdeckung des Schwarzpulvers auf die Wehrkunst und das damalige Zeitbild. Schon heute sehen wir Veränderungen, die man vorher nicht für möglich gehalten hätte. Wir sehen die Entwertung von Positionen, die früher als uneinnehmbar galten. Wir sehen einen Umsturz der Kriegsführung, der noch umfassender sein wird als der chemisch-technische Krieg. Die Bedrohung der Grenzräume in Tiefen von 100—200 km muß zu Verlegungen der Hauptzentren der Kriegsmittelindustrien führen. Raumplanung ist ein innenpolitisches Erfordernis von höchster, lebenswichtiger Bedeutung geworden. Räume müssen aufgeteilt werden und verselbständigt werden nach Art der Schotteneinteilung von Schiffen.

Raum ist, schreibt Rupert von Schumacher in einem lesenswerten Büchlein, Lebensbedingung, Grundlage der Arterhaltung und Volksvermehrung, Grundlage und Mittel der Verteidigung und des Wehrschutzes. Es ist dabei gleichgültig, ob man unter Raum ein Gebiet, eine Landschaft, eine biologische Einheit, ein Gelände, eine Distanz oder eine Vorstellung versteht: Alle diese Faktoren münden immer in die gleiche politische Aufgabe, die Erhaltung der Lebensmöglichkeit heißt. (Der Raum als Waffe, Verlag Runge, Berlin-Tempelhof.) Dazu ist zu sagen, daß der Raum und Boden dies auch früher war. Heute aber ist er dadurch um so grundlegender geworden, als die Welt für den europäischen Menschen zusammengeschrumpft ist. Wir sehen Riesenräume, die von Europäern besiedelt worden sind, sich mehr und mehr abschließen. Andererseits sehen wir Riesenräume, die sich unter europäischer Mitwirkung zu eigenständigem Leben entwickeln und gleichfalls abschließen. Europa hat in einem gewissen Sinne eine Verkleinerung erfahren, daß sich die Sowjetunion geistig und kulturell vom europäischen Leben absondert, während Vorderasien und ganz Nordafrika sich europäisiert.

Die neue Türkei erhebt den Anspruch, ein europäischer Staat zu sein. Die neue Türkei vertritt den Gedanken der europäischen Zivilisation. Bezeichnend hierfür ist die Schrift, die anlässlich der Zehnjahresfeier der Türkischen Republik am 29. Oktober 1933 von der Türkischen nationalen Wirtschafts- und Sparfondsvereinerung herausgegeben worden ist. Es ist vielleicht nur eine Frage von ein oder zwei Jahrzehnten, dann werden die Staaten wie Persien und Afghanistan, Irak und Transjordanien wie Arabien sich gleichfalls europäisiert und zum Teil industrialisiert haben.

Doch die „Enteuropäisierung“ der Wirtschaft ist nicht das entscheidende Problem, dieses ist unaufhaltsam. Entscheidend ist, daß jene Riesenräume wie die Vereinigten Staaten oder die Großstaaten Südamerikas die ersten Rohstoffbesitzer der Welt sind und bestrebt sind, diese Quellen mehr oder weniger monopolartig für sich auszunützen. Das englische Empire soll zu einem wirtschaftlichen Zweckverband ausgestaltet werden. Gegenüber den Großwirtschaftsräumen ist die europäische Basis der ungehinderten Versorgung mit den notwendigsten Rohstoffen beschränkt. Darum erwächst in den Staaten, denen die wichtigsten Grundstoffe ihrer Wirtschaft fehlen, ein Abwehrkampf, der sich zu einem Existenzkampf steigert. Ist es notwendig, daß die Völker darum zu den Waffen greifen?

Wenn wir hier von kommenden Dingen sprechen, so haben wir zwei Tatsachen ganz besonders im Auge. Die Raumnot, die immer wieder Völker zwingt, sich Lebensraum zu schaffen, wenn sie anders nicht den Erstickungstod sterben wollen. Ist solcher nicht zu beschaffen, dann stellt sich das Problem dar als die Entscheidung zwischen

Waren- oder Menschenausfuhr. Größere Warenerzeugung ist aber nur möglich bei ungehinderter Zufuhr der lebenswichtigsten Rohstoffe. Die Wirtschaftspolitik der Großmächte steht nicht seit gestern in einem nicht endenden Kampf um die Rohstoffe. Was das Rohstoffproblem bedeutet, haben gerade die Mittelmächte im Verlaufe des Weltkrieges am nachhaltigsten kennengelernt. Das Versailler Schanddiktat war der schärfste raumpolitische Angriffsakt, der je geschaffen wurde. Er sollte zwangsweise die Verkümmern des mitteleuropäischen Raumes zur Folge haben.

Die Rohstoffarmut wird sich bei einer neuen kriegerischen Verwicklung noch in weit stärkerem Maße bemerkbar machen. Gerade weil die Technik immer höhere und größere Ansprüche an die Zubringung aller Arten von Rohstoffen stellt.

Nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln aller Art in einem Kriegsfall stellt hohe Ansprüche, gleichzeitig ist der Bedarf an Treibstoffen aller Art, sowie mineralischen Rohstoffen, Textilien ungeheuer gewachsen. Die heutige Kriegswirtschaft kann alles und jedes brauchen, vom Hornknopf bis zum Borazit als Zusatzmittel für die Periskope des Unterseebootes.

Es sind die gleichen Gründe, die das Reich des Mikado wie Italien für ihren Aktivismus anführen. In Japan sind neue Richtlinien für die japanische Politik der Nicht-einmischung in die chinesischen Angelegenheiten ausgearbeitet worden. Es soll künftig nur mit den chinesischen Regierungsstellen und den amtlichen Organisationen verhandelt werden und die Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten vermieden werden. Aber das neue Wirtschaftsprogramm sieht den Ausbau von Straßen und Eisenbahnlinien in Nordchina vor, sowie die Hebung des Bergbaues und der Landwirtschaft. Vor allem sollen Eisen und Kohle gefördert werden und der Anbau von Baumwolle unter Ausschluß eigener und fremder Anleihen.

Japan kann nicht warten, bis sich vor seinen Auswanderern und seinen billigen Fahrrädern, Glühlampen und Baumwollwaren alle Anrainer des pazifischen Raumes geschlossen hohe Mauern errichtet haben, es kann nicht mit verschränkten Armen zusehen, bis sich alle Ventile für den Absatz seiner Industrieerzeugnisse geschlossen haben und ihm gewaltige Märkte immer mehr versperrt werden. Es schließt daher selbst die Tore in den Gebieten, in denen es herrscht. Es errichtet in Mandschukuo ein Erdölmonopol und wird andere Monopole schaffen, um fremden Wettbewerb auszuschalten.

Der Kommandant der japanischen Truppen in Nordchina hat jüngst vor japanischen Pressevertretern sich gegen eine Hilfeleistung der Westmächte für China ausgesprochen. Die chinesischen Machthaber, erklärte er, vergessen, wie ihre gegenwärtigen Intrigen mit fremden Mächten zeigen, daß sie Japan alles verdanken. In einer Broschüre, die das japanische Hauptquartier in Nordchina veröffentlicht hat, wird klipp und klar die politische und wirtschaftliche Abtrennung der fünf nordchinesischen Provinzen Hopei, Schantung, Schansi, Suiyan und Tschachar von Nanking gefordert. Ein „nordchinesisches Paradies“ soll entstehen, in dem der Grundsatz der Gleichberechtigung und Harmonie zwischen China und Japan herrschen solle.

General Tada tritt für ein Zusammengehen Chinas und Japans ein, um einen weiteren Einfluß Sowjetrußlands auf China zu bekämpfen und zu verhindern.

Japan wird sich von seinem Vorhaben durch keine noch so gut gemeinten Ratschläge abbringen lassen. Es wird aus dem chinesischen Kuchen sich solange die Rosinen herausholen, solange das Weltrohstoffproblem nicht in einer Weise, die für alle rohstoffarmen Länder gilt, gelöst worden ist. Als die Kommission des Völkerbundes den Fernen Osten 1931 bereiste und ihren Bericht verfaßte, der in eine Verurteilung Japans hinaus-

lief, erklärte einer der japanischen Delegierten in Genf, daß es sich um ein tragisches Mißverstehen handele, ähnlich dem üblichen Fall des Mißverstehens zwischen Eltern und Kindern des viktorianischen Zeitalters und modernen Kindern.

Es handelt sich hier also nicht um ein Rassenproblem, sondern um eine nackte Lebensfrage, da es eine andere Lösung aus dem gegenwärtigen japanischen Problem nicht gab.

Immerhin scheint eine japanisch-chinesische Einheitsfront noch in weiter Ferne zu liegen. Wenn das Mitglied der Lyttonkommission, Heinrich Schnee, zu dem Ergebnis kommt, man dürfe das Phantasiegebilde eines von Japan militarisierten China, dessen disziplinierte Truppenmassen die europäischen Nationen über den Haufen werfen, jedenfalls für absehbare Zeiten ruhig dem Orkus überantworten, so kann diese absehbare Zeit sich unter Umständen stark verkürzen. Jedenfalls muß ein japanisch-chinesisches Zusammengehen in wirtschaftlicher Beziehung auf die europäische Wirtschaft nachteilige Wirkungen insofern haben, als sich der Rohstoffbezug notwendig verengen muß, da Japan die Rohstoffe Nordchinas in erster Linie für sich beanspruchen wird.

In ähnlicher Begründung sehen wir Italiens Ansprüche angemeldet. Der italienische Vertreter in Genf, Baron Nioisi, erklärt, daß sich Italien in voller geistiger und wirtschaftlicher Entwicklung befinde, aber es sei eingeengt durch historische Schwierigkeiten und durch jene internationale Behinderung, die in seinen territorialen Grenzen liegt, durch die Italien erstickt wird.

Italien erhebt daher die Stimme des großen Proletariats, der Gerechtigkeit verlangt. Für Italien ist England der Kerkermeister des Mittelmeeres. Italien muß zur See 90—100 Prozent seines Bedarfs an Kohle und Öl einführen. Aber auch an Erzen aller Art, wie Kupfer, Chromeisen, Mangan, Eisen usw. leidet es Not, es verfügt weder über Wolle in genügenden Mengen noch über Baumwolle oder andere Faserstoffe, es fehlt an Kautschuk und allen tropischen Erzeugnissen. Das ist das europäische Problem, wie es sich von der anderen Seite darstellt. Es ist die Tragik Europas, der verkümmerte Dynamismus. Es ist der Urgrund des Arbeitslosenproblems.

Es genügt nicht, Kriege zu ächten, es ist notwendig, die Ursachen der Kriege zu ergreifen. Es genügt nicht, immerfort zu konstatieren, daß die Weltwirtschaft zerbrochen ist, wenn es genügend Mittel gibt, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Das Streben zu einer Selbstgenügsamkeit, einer Autarkie, hat seine Grenzen. Die europäische Wirtschaft kann nicht ihre Aufgabe darin erblicken, in Tauschgeschäften prähistorischer Natur ihr letztes Heil zu sehen. Daß sich die kontinentalen Staaten Europas zu einem Großwirtschaftsraum zusammenschließen würden, ist nicht anzunehmen. Vielleicht wird und muß sich eine Art Zweckverband bilden, wenn nicht von höherer Warte aus das dringende Zeitproblem gelöst wird.

Einen neuen Weg zu einer Lösung hat der englische Außenminister Sir Hoare angedeutet. Es ist die Neuordnung des Rohstoffproblems, die gerechte Ordnung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden. Dieser fruchtbare Gedanke, der mit dem Währungsproblem innigst zusammenhängt, muß weiter verfolgt werden. Gerade England widerstrebt noch immer einer Stabilisierung seiner Währung. Es ist nicht angängig, daß einige wenige Staaten die glücklichen Besitzer sind von Dingen, die oft nur in beschränkter Weise auf der Erde zu finden sind. Die Proletariationen werden ihren Anteil immer ungestümer fordern.

Die Erweiterung politischer Räume durch Kampf ist der alte Imperialismus. Er führt unweigerlich zu neuen Kriegen, die immer wieder an Furchtbarkeit und Zerstörungskraft zunehmen müssen. Der Nationalsozialismus widerstrebt einer solchen

kriegerischen Auseinandersetzung. Die Aufgabe politischer Neugestaltung ist, für die menschliche Gesellschaft die beste Form des Zusammenlebens zu finden. Das heißt, es müssen die Lebensnotwendigkeiten der am Rohstoffmangel leidenden Staaten anerkannt werden. In diesem Fall befinden sich Deutschland und Italien. Deutschland hat ein unbestreitbares Recht auf die Rückgabe der ihm mit Gewalt entzogenen Kolonien.

Was gibt es Neues aus Afrika

Von Dr. Paul Mohr.

Zur allgemeinen Kriegslage. — Englische Vorsichtsmaßregeln im Mittelmeer. — Aksum, die heilige Stadt. — Der gestoppte Vormarsch an der Nordfront. — England fordert den Boykott. — Große italienische Truppensendungen an die Südfront. — Italiens Abwehrmaßnahmen gegen wirtschaftliche Sühnemaßnahmen. — Italiens Rohstoffnot. — Diplomatische Zwischenspiele um Frankreichs Mitwirkung.

Man gibt wieder Kriegsberichte heraus. Man erörtert wieder die Kriegsaussichten der kämpfenden Parteien. Die allgemeine Spannung wächst zusehends, da die Rückwirkungen dieses Kolonialkrieges sich immer handgreiflicher herausstellen. Jeder Tag bringt Neues und immer wieder Neues. Die Gegensätze zwischen England und Italien nehmen trotz aller Vermittlungs- und Beschwichtigungsversuche durch Cavals Schaukelpolitik immer schärfere Formen an. Dazu kommt, daß Frankreichs Doppelspiel auch im frankreichtreuen England ein Gefühl der Erkältung erwecken mußte. England dringt auf eine klare Entscheidung bez. der im § 16 Abs. 3 des Paktes festgelegten Unterstützungspflicht. Frankreich aber weicht aus und sendet Munitionszüge über die Alpen.

Es ist klar, auch England hat zeitweise eine Politik verfolgt, die viele Rätsel aufgab. Man sah ihr Zögern und Schwanken. England hat eine sehr lange Zeit die Dinge langsam dahintreiben lassen, ohne zu erkennen zu geben, daß es sogar zum Neusersten schreiten würde, wenn wirklich der erste Kanonenschuß fallen würde. Das hat Mussolini den Nacken gesteißt, er nahm die englischen Warnungen nicht ernst. Trotz der offensichtlichen Verletzung der Völkerbundsatzung rechnete er auf die Uneinigkeit des Völkerbundes, die Unterstützung Frankreichs und die unterschiedlich gelagerte Interessenslagerung.

Nun durchschwirren wieder Tatarennachrichten die Luft. Was heute gemeldet wird, wird morgen widerrufen. Alte Greuelmärchen leben auf. Italien meldet Ueberläufer, die sich nach Zehntausenden bemessen. Der Ueberläufer Ras Gugsa ist zum Gouverneur der Provinz Tigre ernannt, obwohl die Provinz mit der Hauptstadt Makale noch nicht im Besitz der Italiener ist. 100 Berichterstatter sitzen in dem jetzt nicht mehr harmlos stillen Adis Abeba. Der Ernst der Lage kommt auch hier den Abessinern zum Bewußtsein. Neue Heereshaufen ziehen aus dem Innern des Landes heran und lagern um die weitbreitete Stadt. Man rechnet immer stärker mit Luftangriffen und möchte wenigstens die offenen Städte Adis Abeba und Diredau vor solchen gesichert wissen.

Die englische Regierung hat ihren Staatsangehörigen den Befehl erteilt, so rasch als möglich die Stadt zu verlassen. Auch von der deutschen Kolonie, die über 200 Köpfe ausmachte, haben 50 Personen, zumeist Frauen und Kinder, den Weg in die Heimat antreten müssen. Dazwischen spielt der italienische Gesandte eine neuartige Rolle. Trotz des Krieges hat er seinen Aufenthalt verlängern wollen.

Noch ist der Aufmarsch der Gegner nicht ganz vollendet. Von drei Seiten suchen die Angreifer in das abessinische Rundstück einzudringen. Bald heißt es,

es bereiten sich entscheidende Kämpfe im Norden, bald im Süden vor. Die schwersten Entscheidungskämpfe stehen noch bevor, sie werden erst dann stattfinden, wenn sich die Italiener dem eigentlichen Hochland nähern.

Inzwischen passieren immer neue italienische Truppenschiffe den Suezkanal, argwöhnisch von den englischen Kriegsschiffen beobachtet. Die Stimmung gegeneinander ist feindlich. Italien beschwert sich über die Außerachtlassung der Grußpflicht. Italien hat schon eine erkleckliche Summe für die Durchfahrt zu zahlen, die es seit drei Monaten schuldig geblieben ist. Für jeden Passagier muß es die volle Quote von 10 Goldfrank entrichten. Für jede Tonne Schiffsraum wurden bis vor kurzem 5,75 Goldfrank, also etwa 5 Mark bezahlt. Erst jetzt ist der Betrag um 20 Prozent erniedrigt worden. Die Kanalgesellschaft, an der übrigens das englische Kapital nicht die Mehrheit besitzt, sondern nur 46 Prozent, erlebt goldene Tage. Dazu werden auch die militärischen Kräfte in Libyen verstärkt, so daß Italien jetzt etwa 300 000 Mann aufs modernste ausgerüstete Truppen in Ostafrika zu stehen haben dürfte, eine Truppenzahl, die als ultima ratio regis wohl entscheidend in die Waagschale geworfen werden muß, wenn sich etwa die Dinge komplizieren sollten.

Nach einem Bericht des „Giornale d'Italia“ sind in Erythrea 110 000 italienische Truppen vorhanden. Sie verfügen über 2300 Maschinengewehre, über 230 Kanonen und 92 Kampfwagen. An Trag- und Zugtieren sind 35 000 vorhanden. Zu diesen Truppen kommen noch die eingeborenen Truppen von wohl einem Armeekorps stark. Jetzt hat Italien seine Truppentransporte in den letzten Wochen noch gesteigert. Das sieht nicht danach aus, als wenn Italien seine Kriegsziele beschränken will. In erstaunlich kurzer Zeit ist Massaua zu einem gewaltigen Flottenstützpunkt ausgebaut worden. Auf den höher gelegenen Dünen sind zahlreiche Batterien mit 15-Zoll-Geschützen aufgestellt worden, die eine Reichweite von 32 Kilometer besitzen.

Daß die Möglichkeit der Komplikation jederzeit vorhanden ist, wer kann das leugnen, wenn man die Tag für Tag sich vollziehenden Kriegsvorbereitungen von Gibraltar bis Haifa und Aden ins Auge faßt. In Ägypten ist die größte englische Flotte versammelt, die je vor Alexandrien oder Port Said gesehen worden ist. In Abukir und Heliopolis sind starke Luftstreitkräfte zusammengezogen worden. Marsa Matruh, die Küstenstadt an der libyschen Grenze, wurde zum englischen Hauptquartier gemacht. In dem 60 Meilen davon entfernten Ort Suka wurden große Vorräte von Munition gelagert.

In Ägypten sind 70 000 Mann englische Truppen konzentriert worden. Niemals war die innigere Verbindung der britischen und ägyptischen Belange deutlicher zu spüren als anlässlich der großen Parade in Alexandrien, wo englische und ägyptische Truppen, unterstützt von Abteilungen der vor Alexandrien liegenden Kriegsschiffe, vor dem englischen Hochkommissar und den englischen Höchstkommandierenden sowie den ägyptischen Spitzen paradierten.

Auch an den übrigen Stützpunkten der englischen Hochstraße nach Indien sind in gleichem Maße Vorkehrungen getroffen worden, wie sie nur in einem Kriegsfall getroffen werden, hauptsächlich Gibraltar, Malta, Haifa und Aden sind in Verteidigungszustand gesetzt worden. England hat die Vorsichtsmaßregeln getroffen, die der Ernst der Lage erheischt. Der britische Löwe ist erwacht.

Ueber die Generalidee des italienischen Vormarsches läßt sich heute Genaueres noch nicht sagen. Daß Italien sich vorzüglich in den Besitz der französischen Zubringerbahn setzen möchte, ist anzunehmen. Der Vorstoß aus dem innersten Südwinkel Erythreas an der Grenze von Französisch-Somaliland zwecks Besetzung des Gebirgsmassivs von Mussa Ali würde darauf schließen lassen. Vom Norden soll dann der Durchstoß

auf der großen Linie Adua, Makale, Togoro, Desyo erfolgen, um die Verbindung mit dem Süden herzustellen. Hier führt eine uralte Karawanenstraße entlang, die, wenn auch nicht in gutem Zustand, bis nach Adis Abeba führt.

Nach abessinischer Meldung ist die heilige Stadt Aksum, das Mekka der Abessinier, am 13. Oktober von den Abessiniern freiwillig geräumt worden. Der Oberbefehlshaber der Nordfront, Ras Seyum, hatte den Befehl dazu erteilt, die Stadt aufzugeben, um sie nicht durch Bombenangriffe gefährden zu lassen. Den Tag zuvor haben die Italiener die Stadt Adua endgültig besetzt, also 8 Tage nach dem am 2. Oktober erfolgten Vormarsch. Damit hat Italien einen Prestigeerfolg erzielt, der zu großen Siegesfeiern in ganz Italien führte. Adua ist nunmehr Sitz des Oberstkommandierenden geworden.

Die alte Königsstadt Aksum ist nicht ganz so unbekannt, wie es den meisten Lesern der Tagesnachrichten erscheinen dürfte. Sie hat in frühester Zeit dem gesamten äthiopischen Reich den Namen gegeben, das aksumenische Reich. Zwei Jahrhunderte vor und nach Christi Geburt erstreckte sich das aksumenische Reich nicht nur über das ganze heutige abessinische Reich und über die angrenzenden Gebiete auf der Westseite des roten Meeres, sondern auch über Nemen und Saba. Am Hofe wurde griechisch gesprochen und auch die Priester sprachen griechisch. Um das Jahr 333 n. Chr. hatte der aksumenische König eine prunkvolle Stele (Säule) errichtet, auf die er einen Sieg verherrlichte.

Aksum ist bisher der einzige Ort, in dem sich Ruinen der Vorzeit befinden. Nach der sagenhaften Ueberlieferung ist in der Kirche die Bundeslade eingemauert, die Menelik, der Sohn der Königin von Saba und Salomons, aus Jerusalem nach der Zerstörung Jerusalems gerettet und nach Abessinien mitgebracht hatte. In der Bundeslade befindet sich eine Tafel mit den Geboten Moses, die in der Kapelle der Kirche eingemauert ist. Als Gerhard Rohlfs auf seinen Reisen 1881 Abessinien besuchte, gelang es ihm nicht, den obersten Priester zu bewegen, die Tafel herauszugeben oder wenigstens zu zeigen.

Unter dem König Theodor II. soll ein armenischer Wartapet Timotheus, Legat des armenischen Patriarchen von Jerusalem, die Steintafel gelesen haben. Sie soll zu Zeiten des ersten äthiopischen Königs Menelik nach Abessinien gebracht worden sein. Zu Christi Zeiten soll ein frommer Mann mit dieser Tafel nach Jerusalem gekommen sein und Jesum um seine Meinung bezüglich der auf der Tafel eingegrabenen zehn Gebote Gottes befragt haben. Jesus habe geschwiegen und dann mit Goldlettern auf die andere Seite der Tafel die Worte geschrieben: „Nehmt alles an, was hier geschrieben steht!“

Es nimmt daher kein Wunder, wenn die Tafel als von Gott geschrieben angesehen wird und sich höchster Verehrung seitens der Abessinier erfreut. Ob der Armenier die echte Tafel gesehen hat, ist zweifelhaft. Er beschreibt sie als Tafel aus rötlichem Marmor, viereckig, 0,24 Meter lang, 0,22 Meter breit und nur 0,03 Meter dick. Daneben existiert noch ein zweites Heiligtum, der Windeswagen.

Daß die Abessinier, wie jetzt wieder gemeldet wird, alles daran setzen werden, die Stadt wiederzugewinnen, ist daher verständlich. Auch unfern Adua, am Fuße des Berges Schelloda, liegen ausgedehnte Trümmer. Einst stand hier Tremona, die erste Niederlassung der Jesuiten zur Zeit der Portugiesen. Der Ort Makale, nach dessen Besitz die Italiener streben, ist der Hauptort der Provinz Enderta in Tigre. Sie liegt 2040 Meter hoch und ist nach Adua die schönste und größte Stadt in Tigre. Sie wurde vom Kaiser Johannes, der hier geboren ist, gegründet. Die italienische Nordfront erstreckt sich etwa 100 Kilometer lang von Aksum über Adrigat bis Adagamus. Hinter der Front werden in größter Eile Straßen gebaut. Die Straße Asmara bis Adua ist fertiggestellt. Der Vormarsch hat am 28. Oktober begonnen, nachdem die Italiener ihre Kampffront stärker gesichert hatten.

Die Stimme der Kanonen übertönt noch heute jedes diplomatische Zwiesgespräch, das vor oder hinter den Kulissen von Genf geführt wird. Das dunkle Gefühl herrscht vor, daß die Zündschnur an das europäische Pulverfaß gelegt ist. Es bedarf nur irgend-einer Ungeschicklichkeit und der zündende Funke springt weiter.

Der Ernst der allgemeinen Weltlage wird immer fühlbarer. Daß England die Völkerbundsmaaschinerie in Bewegung setzen würde, um den Kriegsbrand zu ersticken, nicht bloß auf seinen Ursprungs-herd zu beschränken, hat man lange nicht wahr haben wollen. Man hat geglaubt, England würde nur bluffen. Ein Blick auf die vor unsern Augen sich abspielenden Vorgänge zeigt, daß England fest entschlossen ist, den einmal eingeschlagenen Weg bis zum Ende zu verfolgen. Auch für England gibt es kein Zurück mehr, wenngleich es nicht ausgeschlossen ist, daß es gewisse Rücksichten nehmen wird, bis die Wahlen in England, die auf den 14. November festgesetzt sind, vorüber sind. Eine kleine Gruppe von 30 Konservativen unter Vorsitz des ehemaligen Kolonialministers Amery hatte die Regierung beschworen, nicht an Sanktionen teilzunehmen, die zum Kriege führen könnten. Die britische Öffentlichkeit wie die Regierung sind darüber zur Tagesordnung übergegangen.

Lord Cecil, der ehemalige Blockademinister des Weltkrieges, hat die Forderung erhoben, der Völkerbund möge eine Art Blockade verhängen und alle Verbindungen zwischen Italien und Abessinien abschneiden. England kann heute nicht mehr die Plattform der Völkerbundsatzung, die ein gemeinsames Handeln vorsteht, verlassen, mag auch eine volle Einigkeit in den geplanten Maßnahmen nicht zu erzielen sein. Wenn es den Völkerbund zur Liebe nicht zwingen kann, so kann es ihm doch nicht die Freiheit geben. Nur wirksame Maßnahmen können den Krieg heute in Afrika eindämmen. Neigt Mussolini sich nicht alsbald einer Beschränkung seiner allzuhohen Ansprüche zu, so wird er sehr bald sich einem neuen Faschoda gegenüber sehen.

Inzwischen sind die ersten Sanktionsmaßnahmen in Kraft getreten. Der in Genf tagende große Sühneauschuß hat am 14. Oktober beschlossen, die Waffensperre gegen Italien durchzuführen und für Abessinien die Ausfuhr von Kriegsmaterial freizugeben. Auch Frankreich hat dem Beschluß sich gefügt, obwohl noch heute große Munitionszüge nach Italien rollen.

Diese Maßregel wird Italien kaum schaden, da es sich seit Jahren für diesen Tag in umfangreichster Weise vorgesehen hat und an Waffen und Munition die riesigsten Bestände nach Libyen und Ostafrika geschafft hat. Aber Abessinien wird nun in die Lage kommen, seine gewaltigen Heerschaaren, die ja oft nur mit Speer und Schild ausgerüstet sind, mit modernen Waffen zu versehen. Jetzt meldet Paris Soir aus Kairo, daß die ersten englischen Dampfer, mit Munition für Abessinien beladen, den Kanal passierten. Italien aber wird sich bald davon überzeugen, daß es jetzt der allergrößten Anstrengungen bedarf, sich in den Besitz des heiß begehrten Landes zu setzen und raschestens militärische Entscheidungen herbeizuführen, ehe die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen seine Aktionskraft stärker schwächen.

Den finanziellen Maßnahmen auf Kapital- und Kredit Sperre wird Italien noch eine Zeit lang mit Ruhe entgegensetzen können, da der Goldstand der Staatsbank noch immer 4 Milliarden Lire (900 Millionen RM) beträgt, wozu noch die abgabepflichtigen Devisen der italienischen Besitzer kommen. Wie groß diese sind, läßt sich nicht abschätzen. Doch sind aus diesen Beständen die erheblichen Schulden zu decken, die der ostafrikanische Krieg gefordert hat. Die Lire hat daher im Ausland an Kurswert stark eingebüßt. In Zürich kann die Lire billiger als in Italien gekauft werden.

Was die wirtschaftlichen Maßnahmen betrifft, so wird Italien sie erst in einiger Zeit zu spüren bekommen. Der Wirtschaftsausschuß der Genfer Sühnekonferenz hat das Inkrafttreten der geplanten Maßnahmen um 14 Tage verschoben. In einer

Reihe der wichtigsten Rohstoffe wie Petroleum, Kohöl, Benzin, Schrott, Kupfer, Baumwolle, Gummi ist es auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen. Es wurden 1934 eingeführt:

An Kohle 11 781 354 dz, davon aus Deutschland 4 538 100 dz, aus England 4 613 000 dz; an Kohöl 1 429 480 dz, davon aus Kolumbien 636 877 dz; an Petroleum 1 504 237 dz, davon aus Rumänien 585 987 dz, aus Rußland 393 602 dz, aus den Vereinigten Staaten 232 272 dz; an Benzin 3 481 566 dz, davon aus Persien 1 172 689 dz; an Kupfererz 633 200 dz; an Schrott 6 774 253 dz; an Wolle 588 450 dz; an Formeisen und Stahl 1 168 335 dz.

Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, welche verwundbare Stelle gerade die italienische Rohstoffversorgung darstellt. Schon jetzt hat der Mehrverbrauch von Lebensmitteln und die Beschaffung von kriegswichtigen Rohstoffen zu einer durchaus schon spürbaren Verknappung von Lebensmitteln geführt. Italien bereitet sich daher vor, das äußerste an Opfern hinzunehmen. Zu diesem Zweck hat es ein General-Kommissariat der Kriegswirtschaft geschaffen, das den Kampf gegen die wachsende Not und die Spekulation aufnehmen soll. Schon wird die Blockade, die vorerst als Drohung des Kommenden angekündigt ist, vom „Giornale d'Italia“ als eine unmißverständliche militärische Sanktion mit Angriffscharakter hingestellt. Der erste Akt des Dramas hat begonnen. Nur eine Blockade könnte die Wirkungen haben, Italien zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Völkerbundsatzung ist im Spiel, dahinter stehen aber Englands und Frankreichs Sonderinteressen. Vor Wochen schrieben wir: Es kann eine große Tragödie werden. England sitzt am längeren Ende des Hebels. England blickt auf den Nil, Frankreich auf die Donau. Der Nil wird Sieger bleiben.

Blick nach außen

Der Frieden und die koloniale Rohstoffversorgung.

Auf der Tagung des Aktionsausschusses für Frieden und Wiederaufbau zu Bradford, auf der Lloyd George bemerkenswerte Ausführungen zu dem italienisch-abessinischen Konflikt machte, nahm auch ein gewisser Dr. Norwood Stellung zur Kolonialfrage, die in England — solange sie ungelöst ist — mehr und mehr als Ausgangspunkt für künftige Kriege betrachtet wird. Dr. Norwood erklärte: Wenn England den abessinischen Konflikt von dem Standpunkt der Eroberung kolonialer Gebiete aus betrachten würde, so solle man sich in England nur daran erinnern, daß auch England verschiedene Kriege in Afrika geführt habe, die jeder zu einer Gebietserweiterung geführt hätten. Das träfe auch zu auf den Weltkrieg, durch den England in den Besitz deutscher Kolonien gelangt sei. Es ergehe England, wenn man seine kolonialen Expansionen ins Auge fasse, wie jenem corpulenten Herrn, der selbst dann Fett ansieht, wenn er es am wenigsten wünscht.

Lord Lothian unternahm in seiner Rede den Versuch, die Gründe für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der weltpolitischen Lage aus der Tiefe heraus aufzuzeigen.

Diese Schwierigkeiten lägen vor allem in der Abschließung der Nationen voneinander seit Kriegsende. Der freie Warenaustausch sei seitdem unterbunden. Nationen mit sehr schmaler Rohstoffbasis und zum Teil starker Bevölkerungszunahme seien räumlich beengt. Beispiele dafür seien Italien, Japan und Deutschland. Es sei zwecklos, vor diesen Problemen die Augen zu verschließen. Eine baldige Lösung sei unerlässlich, da die aufgeworfenen Fragen den Zündstoff zu einem neuen Weltkrieg abgeben könnten ohne Rücksicht auf etwaige Sanktionen. Die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes sei die Lösung der Kolonialfrage und der Verzicht des Völkerbundes auf die Erhaltung des status quo in Afrika, der auf die Dauer nicht haltbar sei. Sir Samuel Hoare habe in dieser Richtung einen Schritt getan, indem er die Frage der Rohstoffbeschaffung aufgeworfen hat. Das allein genüge aber nicht. Man müsse viel weiter gehen in der Behandlung der Fragen, an denen Italien und Deutschland besonders interessiert sind. Eine Revision der Mandate und eine allgemeine Prüfung, ob man das System der „Offenen Tür“ nicht in den Kolonialgebieten aller Nationen einführen könne, sei eines der Mittel zur Lösung. Der Völkerbund müsse aufhören, ein Instrument

zur Aufrechterhaltung des status quo in Afrika zu sein, um den Interessen aller Nationen in friedlicher Weise gerecht zu werden.

Die nichtbestehenden Völker

Die lebhafteste Stellungnahme der angelsächsischen Presse zu der Frage einer kolonialen Neuverteilung hat den französischen Senator Charles Dumont zu grundsätzlichen Darlegungen in der „Agence Economique et Financière“ veranlaßt. Er sagt, die Mächte hätten sich im Kellogg-Pakt verpflichtet, von einem Eroberungsfeldzug zur Erlangung von Rohstoffgebieten abzusehen. Auf die Dauer aber sei es eine Unmöglichkeit, Völker mit hoher Geburtenziffer und geringen Reserven an Land und an Rohstoffen vom Besitz von Kolonien auszuschalten. Die Zeit sei gekommen, in der man im Einklang mit Artikel 19 des Versailler Vertrages die Frage prüfen müsse, ob die gegenwärtige Verteilung der Kolonialgebiete den Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht. Man müsse prüfen, ob nicht ein Land Ueberfluß an Kolonien habe, während ein anderes ernsthaft Not leide. Alle großen Völker könnten sich an der Kolonisation in Afrika beteiligen, jedes mit einem eigenen Einflußgebiet. England und Frankreich müßten sich entweder zu einer großzügigen Auslegung des Artikels 19 bereitfinden, oder aber Italien werde künftig alle raumbegrenzten Staaten der Erde zu einer geschlossenen Front der Unzufriedenen sammeln.

Die Philippinen, ein Zukunftsmarkt des Fernen Ostens.

Die im Mai d. Js. stattgefundene Abstimmung über die neue Verfassung hatte die überwältigende Mehrheit von 98% der Abstimmungsberechtigten ergeben. Damit wird den Philippinen im Jahre 1945 die volle Unabhängigkeit zuteil. Inzwischen ist als erster Präsident Senatspräsident Quezon mit überwältigender Mehrheit der Stimmen gewählt worden. Die neue Regierung wird am 15. November in ihr Amt eingeführt. Von den 14 Millionen Einwohnern des Inselarchipels waren 1% Millionen stimmberechtigt. Am meisten hatten sich die Frauen an der Abstimmung beteiligt. Die kommende Neugestaltung hat das allgemeine Interesse für die wirtschaftliche Entwicklung der Inselwelt stark gehoben. Auch der Handel mit Deutschland hat in der letzten Zeit zugenommen. Der Krupp Germania-Werft in Kiel wurde von einer Schiffsahrtsgesellschaft auf den Philippinen ein Bauauftrag für ein Motor-Passagier- und Frachtschiff gegeben, das eine Geschwindigkeit von 18 Knoten haben soll und für den Passagierverkehr

zwischen den einzelnen Philippineninseln bestimmt ist. Die Germania-Werft erhielt den Auftrag im Wettbewerb gegen scharfe ausländische Konkurrenz.

Seit längerer Zeit besteht auf den Philippinen eine deutsche Handelskammer, der gegenwärtig 33 Mitglieder angehören. Der Handel mit Deutschland hat sich günstig entwickelt. Gegenwärtig beziehen die Philippinen über dreimal so viel Waren von Deutschland als Deutschland von dort. Man muß beachten, daß der Gesamthandel der Inseln trotz wertmäßiger Schwankungen im allgemeinen aktiv gewesen ist.

	Gesamthandel	Aktivsaldo	in Millionen Pesos
1917	322 803	59 615	
1920	601 124	3 371	
1930	502 520	20 148	
1931	406 302	9 587	
1932	349 466	31 880	
1933	346 265	76 819	
1934	388 022	53 593	

Wie nicht anders zu erwarten ist, nehmen die Vereinigten Staaten im Gesamthandel den ersten Platz ein, zumal die amerikanische Wirtschaft sich großer Zollbegünstigung erfreut. An zweiter Stelle steht Japan, das seinen Handel von Jahr zu Jahr steigern konnte.

Was Deutschland betrifft, so hat der Gesamthandel in den letzten 4 Jahren sich auf gleicher Höhe gehalten. Er betrug in Mill. Pesos 1931 9,811; 1932 8,581; 1933 7,344 und 1934 9,324. Die Einfuhr aus Deutschland wertete in den genannten Jahren 7,404, 6,698, 5,490 und 7,265 Millionen. Die Ausfuhr 2,407, 1,889, 1,854, 2,059. Demnach verblieb zugunsten Deutschlands ein Aktivsaldo von 4,997, 4,803, 3,633 und 1934 von 5,206 Mill. Pesos.

Die Philippinen sind also für Deutschland ein Markt, der es verdient, stärker gepflegt zu werden.

Die Inseln sind reich an Gold- und Erzlagern, so daß sie auch für Bergwerksmaschinen in Frage kommen. Allerdings stoßen wir hierbei auf den Vorrang, den die amerikanische Industrie bisher zu halten mußte. Dazu kommt der japanische Wettbewerb, der nicht zu unterschätzen ist. Es wäre wünschenswert, daß sich größere kapitalkräftige deutsche Firmen zusammenschließen, um durch gemeinsames Bearbeiten des Marktes eine bessere Stellung im Wettbewerb zu erhalten. In der Hauptsache führt Deutschland nach den Philippinen aus: Schwefelsaures Ammoniak, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Waren aus Eisen und Maschinen, während es von dort Deltuchen einführt (1933 32 116 Tonnen, 1932 47 347 Tonnen).

Bemerkenswerter Aufschwung des japanischen Außenhandels.

Die japanische Industrie ist in letzter Zeit außerordentlich gut beschäftigt, besonders mit der Ausführung von staatlichen Rüstungsaufgaben. Sie hat aber auch größere Aufträge für europäische und afrikanische Länder tätigen können, darunter auch Abyssinien.

Das zweite Vierteljahr 1935 hat Japan einen Aufschwung gebracht, der die Erwartungen voll erfüllt hat, da er bemerkenswerterweise eine erhebliche Besserung der Handelsbilanz ausweist. Gewöhnlich übertrifft die Einfuhr im zweiten Vierteljahr die Ausfuhr um ein Bedeutendes. Jetzt hält sich der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr in sehr mäßigen Grenzen.

	in Mill. Yen		
	April 1935	Mai 1935	Juni 1935
Einfuhr	216,8	220	202,8
Ausfuhr	205,0	214	196,37

	April 1935	Mai 1935	Juni 1935
Außenhandel insgesamt	421,8	434	300,23

Der Gesamtaußenhandel im zweiten Vierteljahr erntete 1254,8 Mill. Yen gegen 1155,8 Millionen Yen im zweiten Vierteljahr 1934. Die Ausfuhr betrug 616 Mill. Yen, die Einfuhr 638 Mill. Yen.

Für das erste Halbjahr belief sich die Ausfuhr auf 1 211 373 000 Yen, die Einfuhr auf 1 415 938 000 Yen.

Immer mehr bestrebt sich Japan, ausländische Einflüsse aus seiner Industrie zu verdrängen. In erster Linie ist hierfür bezeichnend das Bestreben, die neugegründete Kraftwagenindustrie in japanische Hände zu bringen. Nahe inem neueren Gesetz müssen 51 Prozent aller in Japan ansässigen Kraftwagenfabriken in den Händen von Japanern sein. Bisher bestehen in Japan nur 7 Fabriken, die 1333 neben den Heeresaufträgen 746 Personen- und 1052 Lastwagen herstellen. Die japanischen sind äußerst billig und werden in Südafrika schon zu 480 hfl. verkauft.

Eine japanische Gruppe hat von der amerikanischen Autoreifenkonzern B. F. Goodrich Co. 51 Prozent des Yokohama Rubber Co. gekauft und hat damit ihre Unabhängigkeit vom Ausland erreicht. Auch die bedeutendste Grammophongesellschaft ist von der japanischen Nipponophone Comp. übernommen worden.

Lebensverhältnisse in Kanton. Von einem Kenner der Verhältnisse in China wird folgendes mitgeteilt:

Das Klima des Gebiets von Kanton ist im Sommer warm und feucht (26—30° C, relative Feuchtigkeit 80—90° C), im Winter kühl und von Oktober bis Januar trocken. Wintertemperaturen bis 7° C.

Malaria gibt es nur in der Stadtperipherie und auf dem Lande. Typhus ist häufig, Bocken nicht selten. In Abständen von einigen Jahren treten Choleraepidemien auf. Tuberkulose ist sehr verbreitet, ebenso Wurmkrankheiten, von letzteren ist Clonorchis-Infektion die wichtigste. Lepra und Syphilis sind häufig.

An die Hitze gewöhnt man sich. Die Infektionskrankheiten sind vermeidbar. Vorbeugende Bocken- und Typhusimpfung ist notwendig.

Die Lebenskosten für den Einzelnen schwanken naturgemäß je nach Ansprüchen. 200 \$ Hongkong (1 \$ H = 1,22 RM.) dürften das Minimum darstellen, 300 \$ H ein guter Durchschnitt für Bescheidenere sein. Mit 400 \$ H kommt man sehr gut aus. Wer Reisen machen will braucht mehr. Wer die Landessprache beherrscht, lebt billiger als derjenige, der sich nur durch Dolmetscher verständigen kann. Rücklagen für Fälle der Not auch für die Kosten der Heimfahrt sind erforderlich, sofern die letzteren nicht vertraglich einwandfrei gesichert sind.

Wer in China eine Anstellung annehmen will, sollte sich mit dem Verband für den Fernen Osten, Berlin-Charlottenburg, Fasanenstraße 6 und eventuell mit der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes in Verbindung setzen, insbesondere wenn es sich um nicht deutsche Einrichtungen und Unternehmungen handelt. Angehörige der Partei seien außerdem auf die Auslandsorganisation der Partei hingewiesen. Wer im Unterrichtswesen tätig ist, wende sich auch an das Kultusministerium. Für Angehörige aller Berufe gilt, daß es nicht ratsam ist, die Beziehungen zu den heimischen Stellen aufzugeben. Wer von vornherein nur auf eine vorübergehende Tätigkeit in China rechnen kann, sichere sich die Rückkehr in den heimischen Berufskreis.

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!

„Seh'n Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch etwas ein, Ein jeder aber kann es nicht, das muß verstanden sein!“

Am 17. Oktober 1935 lief der Termin für das Optionsgeschäft ab, das der jüdische Makler Leo Chertok auf eine riesige Del- und Mineralkonzession in Abyssinien erhalten hatte. Es war die zweite Delbombe, die geplatzt war, kurz nach derjenigen, die Dr. Rickett in die erstaunte Welt geworfen hatte. Petroleum ist Kriegswaffe, eine

Waffe, die mehr und mehr an Bedeutung zugenommen, seitdem der Krieg motorisiert wird und Benzin die Motore der Luftwaffe treibt.

Es verlohnt sich schon, dieses Geschäft und seinen Inspirator etwas näher anzusehen. Chertok ist russischer Jude und stammt aus Cherson. Das Berliner Institut zum Studium der Judenfrage berichtet nach einem in der Warschauer jiddischen Zeitung „Dajnt“ erschienenen Bericht allerlei Interessantes über Chertoks Vermittlerfähigkeit. Leo Chertok hat die Notiz selbst verfaßt: Ich bin, erzählt er, Vermittler zwischen großen amerikanischen Firmen und der Sowjetregierung. Eine Reihe großer Käufe der Sowjetregierung in Amerika sind mit meiner Beteiligung geschlossen worden. Das letzte Mal war ich vor sechs Wochen in Rußland, und auf dem Wege zurück, habe ich in London Halt gemacht. Dort habe ich mich mit meinem Vertreter Cyrill Rappaport getroffen, der mich informiert hat, daß die abessinische Regierung eine Anleihe aufzunehmen sucht und bereit ist, hierfür eine Konzession auf die Naturschätze des Landes zu vergeben. Gegen eine Million Dollar, die innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen aufzubringen sind, soll er als Sicherheit eine Konzession auf 50 Jahre für die Gewinnung von Erdöl, Gold, Platin usw. erhalten haben.

Chertok ist Vertreter folgender amerikanischer Firmen: E. I. DuPont & Co. (große chemische und Munitionswerke), Seagrave Manufacturing Co. National Meter Co. und Black und Clawson Co. (große Papierfabriken). Und zwar ist Chertok Vertreter dieser Firmen für die Sowjetunion. „Wir bekommen, erzählt Chertok, das absolute Recht, uns jeden Platz innerhalb des abessinischen Reiches auszusuchen, den wir für produktiv halten. Ich glaube, daß dort an sieben Stellen Naphtha und Minerale vorhanden sind. Wir dürfen sie alle ausbeuten, miteingerechnet die alten Goldfelder an der Grenze des Sudan.“ Ob Chertok seine Million Dollar erhalten hat und von wem, ist nicht bekannt. Vielleicht hat er sich jüdisches Kapital verschafft, vielleicht steht die Sowjetunion Pate dabei. Nun auch Patentkapital riecht nicht. Die Hauptsache ist das Geschäft, das große Geschäft zwischen der goldenen und jüdischen Internationale. Dr. P. W.

Kohlen- und Delsperre gegen Italien. Was sind wirksame Maßnahmen?

Italien gehört insofern zu den proletarischen Völkern der Erde, als ihm die Natur sagt hat, sondern auch andere wichtige Erze nicht nur Kohlen- und Petroleumschätze versagt hat, sondern auch andere wichtige Erze

wie Chrom, Kupfer, Mangan, Nickel, Antimon, Zinn usw., ja auch Braunkohle, findet sich nur in geringen Mengen. Wenn Italien ganz Abessinien erhalten würde, so ist kaum anzunehmen, daß sich im Hochland von Habesch Kohle oder Petroleum finden wird.

Nun sollen Italien in erster Linie außer Kredit und Kapital die notwendigen Rohstoffe gesperrt werden. Gerade Kohlen sind ein Haupteinfuhrartikel, ohne den Italien in kürzester Frist auf die Knie gezwungen werden kann, wenn eine vollkommene Sperre eintritt. Die englischen und rumänischen Firmen haben die Weiterbelieferung verweigert, solange nicht die alten Schulden bezahlt worden sind. Infolgedessen ist seit dem Juli die Kohlenausfuhr aus England stark rückgängig, während sich diejenige aus anderen Ländern stark gehoben hat. So hat die Türkei große Mengen Steinkohle aus Heraklea geliefert. Jüngst sind Lieferungen aus dem Ostrauer Revier der Tschechei zustande gekommen. Wie immer, muß aber die französische Presse die deutschen Lieferungen anprangern, um Englands Reid zu erregen. Deutschland habe vom 1. Januar bis 31. Juli 1935 3 700 000 Tonnen Kohle geliefert und die Lage benutzt, um den italienischen Markt mit Kohle zu überschwemmen.

Bisher ist eine Sperre auf Kohlenlieferungen oder andere Artikel nicht verhängt worden. Somit war Deutschland voll berechtigt, seinen Ueberfluß an Kohlen aus dem Ruhrgebiet und der Saar abzustößen. Die Sühnemaßnahmen werden auch ohne unser Mitwirken die italienische Wirtschaft aufs heftigste erschüttern. P. W.

Eine italienische Mehrheit bei der Mossul-Del-Gesellschaft

Die italienische halbstaatliche Gesellschaft Azienda Generale Petroli, kurz Agip genannt, hat vor kurzem 52 Prozent des Aktienkapitals der Mossul Ölfields, der Holding Gesellschaft für die British Development Cie. erworben. Die Britische Delgesellschaft verfügt über die Frakkonzessionen in den Mossulfeldern westlich des Tigris. Ursprünglich entfielen 50,55 Prozent auf die britische, 25,45 auf die italienische und je 12 Prozent auf die deutsche und die französisch-schweizerische Gruppe. Die Verstärkung des italienischen Einflusses, vor allem auf Kosten des britischen, hat überall großes Aufsehen hervorgerufen. Wann es jedoch zu einer vollen Inbetriebnahme der Delfelder kommen wird, ist noch zweifelhaft. Vorher müssen noch geeignete Transportmöglichkeiten geschaffen werden.

Inzwischen hat der britische Aufsichtsrat zwei seiner Mitglieder zurückgezogen. Ein italienischer Ersatz ist jedoch noch nicht an

ihre Stelle getreten. Nach dem Ausbau der Ärtul Petroleumquellen hatte England kein besonderes Interesse an der Ausbeutung der auf dem rechten Tigrisufer gelegenen Felder von Anaharat-Radjimat und Jarban, da dies erhebliche Mittel in Anspruch genommen hätte. Schon die Bezahlung der großen Abgaben an die irakische Regierung hatte leztlich große Schwierigkeiten gemacht. Der Betrag von 260 000 £, der im April fällig war, konnte nur dadurch gezahlt werden, daß die Agip von der italienischen Regierung hierzu Geld erhielt. Italien hat zweifels- ohne den Wunsch, sich hier eine eigene Delbasis zu sichern. Dem steht der Umstand hinderlich im Wege, daß nach dem Konzessionsvertrag vom Jahre 1931, den der englische Admiral Wemyss seiner Regierung zurückgebracht hatte, stets ein Engländer den Vorsitz im Aufsichtsrat zu führen habe und die ganze Konzession britischen Untertanen erteilt worden ist. An der Beschaffung der Konzession für die British Development Co. hat der bekannte M. Nikett mitgewirkt. Doch hat er jüngst erklärt, daß er seit zwei Jahren keine Beziehungen mehr zu den Verwaltungen der Gesellschaft unterhalte. Seiner Ansicht nach müsse die Gesellschaft unbedingt britisch bleiben, ihren Sitz in London beibehalten und der Vorsitz einem Briten erhalten bleiben.

Man sieht hier einen englisch-italienischen Gegensatz in der Rohstofffrage, die ganz in den Gedankengang Hoares einschlägt.

Die Bevölkerung von Tripolis in ständigem Wachsen.

30 000 Italiener in der Hauptstadt Libyens.
Nach einem Bericht des Korrespondenzbüros „Le Colonie“, der die Bevölkerungszahlen Libyens vom 31. Juli nach Richtigkeit bringt, betrug die Bevölkerung der Stadt Tripolis insgesamt 93 738 Personen. Davon waren 29 832 Italiener, 43 716 Muselmänner, 16 194 Israeliten und 3996 Fremde. Im August d. J. ist die Bevölkerung auf 94 041 Bewohner gestiegen. Davon 30 107 Italiener.

Italiens Ueberbevölkerung.

Die „Agenzia d'Italia“ veröffentlicht eine demographische Studie über die Bevölkerungsverhältnisse Italiens, um die Notwendigkeit der italienischen Unternehmung in Abessinien zu beweisen. Seit 1871 hat sich die Bevölkerung Italiens um 16 545 000 Menschen vermehrt. Wenn sich das Tempo der Zunahme in dieser Weise fortsetzt, dann wird Italien bald zweimal so viel Bewohner als 1871 zählen. Vor 1950 werden sich auf dem gleichen Lebensraum, der sich nur um wenige Quadratkilometer vergrößert

hat, mehr als 50 Millionen Menschen befinden. In wenigen Jahren ist also ein Volk von 50 Millionen, energisch und beweglich, das einen hohen Grad an Ausbreitung erreicht hat, genötigt, auf einem Territorium von 310 177 Quadratkilometern zu ersticken, einem Raum, der zum größten Teil der natürlichsten Hilfsquellen beraubt ist, die die Basis der modernen Volkswirtschaft bildet. Der Dynamismus Italiens treibt es zur Kolonisierung. Dr. P. W.

Ein italienischer Versuchsballon.

Führende italienische Zeitungen weisen immer wieder darauf hin, daß Italien Lebensraum und neue Rohstoffquellen brauche. Es wäre daher Sache des Völkerbundes, so heißt es, die kolonialen Bestrebungen der Nation zu unterstützen. Wenn fremde Mächte versuchen sollten, die Kriegsführung Italiens in Abessinien zu erschweren, so dürste der Hinweis genügen, Europa könne froh sein, daß Italien sein Augenmerk auf Abessinien und nicht auf eine unter fremdem Mandat stehende deutsche Kolonie gerichtet habe.

Anmerkung: Die Herausgeber der italienischen Zeitungen scheinen sich mit der Mandatsfrage bisher wenig beschäftigt zu haben. Die Bemerkungen in bezug auf die deutschen Kolonien müssen daher als plumper Versuch eines Ablenkungsmanövers gewertet werden. Im übrigen sind die deutschen Kolonien nicht für ein Zwischenspiel da und bilden nach wie vor einen deutschen Besitz.

Aegypten und Abessinien.

Die ägyptische und ostafrikanische Presse beschäftigen sich stark mit dem Verhalten der ägyptischen Regierung zur italienisch-abessinischen Streitfrage. Die Sympathie der ägyptischen Regierung, so heißt es, neige sich aus natürlichen Gründen zu Abessinien, desto anerkannter wäre es, daß die Regierung strikte Neutralität bewahre. Sie habe z. B. die Gestellung von Arbeitern für den Straßenbau in den italienisch-ostafrikanischen Kolonien abgelehnt. Ebenso die Lieferung von Nahrungsmitteln irgendwelcher Art nach dort. Auf der anderen Seite ließe man den in Aegypten lebenden Italienern weitgehendst Schutz angedeihen. Besonders die arabische Presse begrüßt die Haltung der Regierung. Aus Hongkong wird dagegen gemeldet, daß Italien 7000 Chinesen als Kulis für Erdarbeiten in Somaliland angeworben habe. Die „African World“ schreibt dazu, daß Italien mit den Maßnahmen Aegyptens wenig zufrieden sei, weil sich bei den in Massaua angestauten Truppen der Mangel an Lebensmitteln usw. stark fühlbar mache. Es fehle vor allem an Frischwasser, so daß besondere Tankschiffe

von Massaua nach dem etwa 550 Kilometer entfernten Hafen Sudan geschickt werden müßten, um dort Trinkwasser zu kaufen und nach Erythrea zu fahren.

Weiterhin wird gemeldet, daß die türkische Regierung beabsichtige, einen diplomatischen Posten in Adis Abeba einzurichten. Er soll von dem bisherigen Generalkonsul in Alexandrien M. Nizameddin besetzt werden.

Frankreich zieht sich vom Kampf gegen die Schlafkrankheit zurück.

Unter der Ueberschrift „Der schwarze Tod“ veröffentlicht „Le Temps“ an leitender Stelle ein Zwiegespräch zwischen einem Franzosen und einem Kolonialfranzosen, als dessen Verfasser Pierre Wille zeichnet. Im Verlaufe des Gespräches läßt sich der Kolonialfranzose über das Umsichgreifen der Schlafkrankheit in den französischen Kolonien aus und über die völlig unzureichenden Maßnahmen, den Kampf gegen die Krankheit aufzunehmen. Die französische Kolonialverwaltung weiche mit ihren unzulänglichen sanitären Einrichtungen immer weiter vor der Schlafkrankheit zurück.

Archimbold habe in der „Dépêche Coloniale“ bereits erklärt, daß in Französisch-Afrika auf 60 000 mitunter 100 000 Eingeborene nur ein einziger Arzt käme. Das sei aber noch nicht alles. Der ärztliche Sonderdienst sei im Kampfe gegen die Schlafkrankheit selbst eingeschlafen, und er sei ausgeschaltet worden in Äquatorial-Afrika, Ostafrika und in Kamerun. Die Wirtschaftskrisis und Haushaltsorgen seien die Ursachen.

Die schwarzen Krankenpfleger erhielten ihren Sold nicht mehr. Sie seien auch qualitativ unzureichend. Der Kampf gegen die Schlafkrankheit würde wieder den örtlichen Sanitätsstellen übertragen, die manches Mal über keine hinreichende Erfahrung verfügten. Die Schlafkrankheit befinde sich in ständigem Vormarsch. Das sei keine Uebertreibung.

Dr. Jamot, so heißt es in dem Artikel, habe ein bemerkenswertes Buch über Kamerun geschrieben und dort 52 000 Schlafkranke gezählt. An der Elfenbeinküste seien 52 % der Bevölkerung von Léo, 80 % von Ouagadougou Opfer der Schlafkrankheit. In dem Dorf Koudonys sind 92 %, d. h. 111 von 123 Einwohnern, erkrankt. Was würde man sagen, so heißt es dann weiter, wenn es sich dabei um ein französisches Dorf handelte? Diese Ziffern, so fährt der Verfasser fort, sind noch zu ergänzen durch die aus dem Nigergebiet. In Dahome, verbunden mit Togo, seien 22 000 Schlafkranke unter 300 000 Einwohnern. Bei den Diapés am Senegal sind 17 %, in einem Bezirk Guinea

in der Nähe von Sierra Leone 19 %, im Sudan in Banising und Bani 42 %.

Es sei schon richtig, daß die letzten Jahre magere Jahre im Haushalt gewesen seien. Aber man müsse dennoch den Kampf gegen die Krankheit in verstärktem Maße wieder aufnehmen. Zehn Jahre seien dazu nötig und etwa 20 Millionen. Es geht um die Existenz von 20 Millionen Menschen.

Die Industrialisierung der Türkei

Seit Beendigung des Weltkrieges und besonders nach dem türkisch-griechischen Krieg hatte die Türkei im Interesse ihrer wirtschaftlichen Selbstversorgung und größerer Unabhängigkeit den Weg der Industrialisierung in zielbewusster Weise und, man kann sagen, mit wachsendem Erfolg beschritten. Zwar nicht alle Blütenträume sind gereift, es gab viele Fehlschläge und wird solche auch in Zukunft geben. Es genügt nicht, daß Fabriken gebaut werden, es müssen auch die entsprechenden aus- und vorgebildeten Arbeitskräfte und technischen Leiter vorhanden sein.

Die Grundlagen zum Ausbau der türkischen Industrie sind bereits von den Jungtürken gelegt worden. Insbesondere wurden in erster Linie diejenigen Betriebe gefördert, die der Versorgung des Heeres und seiner Ausrüstung dienen. Die Türkei war durch die andauernden Kriege gezwungen, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen. Schon die Jungtürken hatten im Dezember 1913 ein Industrieförderungs-gesetz erlassen. Die kemalistische Regierung erließ 1927 ein Industrieförderungsgesetz, das die Versorgung des Landes und Heeres durch Begründung der wichtigsten Industrien erstrebte.

Die Hauptaufmerksamkeit wurde dem Ausbau der Textilindustrie gewidmet. Bei dem Aufbau dieser Industrieunternehmen hat die Sowjetunion hilfreiche Hand geleistet. Nicht nur daß sie der Türkei ein zinsloses Darlehn von 8 Mill. Dollar bewilligte, sie schuf auch die Pläne für die jetzt fertiggestellte Großspinnerei und Weberei in Kairarie. Das von den Sowjetisten gewährte Darlehn braucht die Türkei nicht in bar abzurufen, sondern in einer Frist von 20 Jahren in Waren, die zusätzlich geliefert werden. Es handelt sich hier also um ein politisches Trinkgeld ersten Ranges. Auch die zweite Spinnerei, die in Reifeli erbaut werden soll, wird mit russischem Kredit erbaut. Die in dem Betrieb arbeitenden 80 Ingenieure und Techniker haben ihre Ausbildung in der Sowjetunion erfahren. Der Generaldirektor ist ein Deutscher. Wenn die Fabrik voll beschäftigt ist, kann sie 4 500 Arbeiter beschäftigen.

Die Kaiserler Fabrik verfügt über die modernsten Maschinen mit insgesamt 36 000 Spindeln. Der weitaus größte Teil ist aus der Sowjetunion geliefert, nur einige Spezialmaschinen kamen aus Deutschland. Dergleichen lieferten die Vereinigten Staaten verschiedene Sondermaschinen. Die Weberei verfügt über 1080 Webstühle, nur die Schaftbügel sind aus Deutschland bezogen. Es können in der Fabrik 5 Mill. Kilogramm Baumwolle verarbeitet werden. Man rechnet mit einer Herstellung von 30 Mill. Metern. Da die Türkei bisher so große Baumwollmengen nicht zur Verfügung stellen kann, so wird sie Baumwolle einführen müssen, um die Betriebe voll in Gang zu halten.

Es sollen neue Anbaubezirke außer in Adana in Eski Schehir und Ismir geschaffen werden.

Der neue Fünfjahresplan, den die Türkei nach sowjetrussischem Muster durchführen will, sieht die Schaffung einer Metall- und Eisenindustrie vor. Auf den Steinkohlenlagern von Ereğli soll eine Eisenindustrie entstehen, doch müssen die Eisenerze hierzu erst eingeführt werden. Nennenswerte Eisenerzvorkommen sind bisher in der Türkei nicht erschlossen worden. Auch die bekannten Schwefelgruben von Ketschi Burlu, die schon im Kriege bewirtschaftet wurden, sollen wieder in Betrieb gesetzt werden. Inzwischen sind auch die Aufschließungsarbeiten der seit langem bearbeiteten Kupfergruben von Arghana Maden weiter gefördert worden. Der Abbau dieses Vorkommens wird jedoch erst ermöglicht werden, wenn die Gruben Bahnanschluß erhalten haben.

Was den deutsch-türkischen Handel betrifft, so hat derselbe in den letzten Jahren wieder eine größere Zunahme erfahren, nachdem er eine zeitlang stagniert hatte. Deutschland ist ja stets ein guter Bezahler türkischer Erzeugnisse gewesen.

	Einfuhr	Ausfuhr
	in Mill. Mark	
1929	75,6	72,5
1930	69,0	48,3
1932	40,1	31,0
1931	52,6	47,4
1933	37,9	36,3
1934	67,5	50,9
1935 (1. Sem.)	42,9	33,4

Wie hieraus ersichtlich, ist das Saldo zu deutschen Gunsten immerhin beträchtlich. Es ist auch für 1935 ein größeres Saldo zu erwarten. Durch das neue Verrechnungsabkommen und den neuen Handelsvertrag wird sich wohl ein besserer Ausgleich herstellen lassen. Deutschland gehört zu den ersten Kunden der Türkei in bezug von Obst- und Süßfrüchten. Durch die eifrige Pflege der Landwirtschaft wird die Türkei noch besser

in die Lage kommen, ihre Ausfuhrerzeugnisse zu steigern. Die Regierung hat durch ein Entschuldungsgesetz die Schuldenlast der Bauern, die 20 Mill. Pfd., beträgt, durch Umwandlung in eine Anleihe geregelt, so daß sicher erwartet werden kann, daß die Landwirtschaft nicht mehr der wucherischen Ausbeutung anheimfällt.

Die Einfuhr aus der Türkei an Obst im Jahre 1933 belief sich auf 8643 t, an Süßfrüchten auf 26 269 t. An Baumwolle wurden 624 t, an Rohtabak 8918 t eingeführt.

Unsere Ausfuhr setzt sich vorzugsweise aus Waren aus Eisen, Maschinen, Papier und Papierwaren, chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Waren aus Kupfer zusammen. An Eisenwaren wurden 24 549 t im Werte von 9,61 Mill. Mark ausgeführt, Maschinen 4207 t im Werte von 5,17 Mill. Mark, Dampflokotiven 1286 t im Werte von 1,74 Mill. Mark. Dr. P. M.

Die Stabilisierung der Währungen

Seit dem Beginn des Jahres sind wiederholt Versuche unternommen worden, die Frage einer Stabilisierung der Währungen in Fluß zu bringen, um dem immer noch stagnierenden Weltmarkt neuen Antrieb zu geben.

Französische Staatsmänner, die im Januar d. J. der City einen Besuch abstatteten, fanden bei den englischen Führern nicht das Entgegenkommen, was sie erwartet hatten. Man hielt den Zeitpunkt für eine Stabilisierung nicht für gekommen, da die notwendigen Voraussetzungen noch nicht geschaffen seien. Engländerseits wies man darauf hin, daß einerseits eine Gruppe von Völkern am Goldstandard festhalte, eine andere mehr oder minder dem Pfund sich angeschlossen habe und wieder andere Länder einen völlig unabhängigen Kurs verfolgen täten. Man wünschte daher zuvorderst eine entsprechende Regelung der Kriegsschuldenfrage und dann der sich immer drückender gestaltenden Handelshemmnisse. Für das Pfund wünschte man eine Art unverbindlicher Stabilisierung. Die Sorge um eine verfrühte Stabilisierung beherrschte die englischen Politiker, die entscheidende Schritte der französischen und nordamerikanischen Regierung zuzuschieben wünschten.

Die englischen Blätter zeigen sich noch heute einer internationalen Währungskonferenz wenig geneigt, da sie der Ansicht sind, daß die von der französischen Regierung ausgegangene Anregung zur Einberufung einer internationalen Konferenz von der Furcht einer neuen Währungskrise diktiert sei.

Wie erinnerlich hatte im März d. J. das Carnegie Institut die Initiative zur Erörterung des Währungsproblems ergriffen. Dann hatte der Pariser Kongreß der

Internationalen Handelskammer im Juni d. J. zu der Frage der Stabilisierung Stellung genommen und an die Regierung die Aufforderung gerichtet, eine Untersuchung des gesamten Fragenbereichs einzuleiten, da jede Vertagung zu einer Verschlimmerung der Lage führen muß.

Jetzt hat Frankreich nach seinem Vorstoß im Völkerbund weitere Schritte ergriffen. In Paris ist unter Leitung der Carnegie-Stiftung und der Internationalen Handelskammer ein gemeinsames Studienkomitee gebildet worden, dem eine Reihe hervorragender Sachverständiger aus den Hauptländern angehören. Den Vorsitz der Studienkommission führt der Präsident der Internationalen Kammer F. H. Fentener van Vlissingen. Der Präsident konstatiert mit Recht die Tatsache, daß die Anhänger der Autarkie immer stiller werden, dagegen die Stimmen immer kräftiger werden, die einen Abbau der Handelshemmnisse verlangen und eine Stabilisierung der Währungen, sei es auch eine vorläufige. In dieser Beziehung hatte die Pariser Konferenz eine dahin gehende Entschliebung gefaßt.

Zweifelsohne können bei einigermaßen gutem Willen manche Handelshemmnisse beseitigt werden, ohne daß eine Stabilisierung der belangreichsten Währungen erfolgt wäre. Es kann sich aber in diesem Fall nur um einen Teil handeln. Es wird sich nicht vermeiden lassen, vorerst schrittweise an eine Beseitigung der Handelszerrissen heranzutreten.

Dr. P. Mohr.

Fran

Das Bauerntum des iranischen Hochlandes. Da in Auswandererkreisen verschiedentlich Interesse für eine landwirtschaftliche Siedlung in Iran bekundet worden ist, wird die nachfolgende, im Wirtschaftsdienst, Hamburg, Heft 38, vom 20. September 1935 veröffentlichte Darstellung von Dr. F. Splechtner zur Beachtung empfohlen.

Infolge der neueren wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans und insbesondere auch Irans (Industrialisierungspolitik) machen sich immer deutlicher Tendenzen bemerkbar, die auf eine ernstere Beachtung der Bauernfrage und auf eine grundlegende Aenderung der Agrarverfassung und der Agrarpolitik abzielen.

Nachwirkungen alter Traditionen, die im Landbau, bei den Viehzüchtern und im Dorf-gewerbe immer noch eine große Rolle spielen, althergebrachte Rechtsanschauungen, religiöse Vorstellungen und Gebräuche, aber auch deren Verfall und Mißbrauch, erteilen der sozialen und ökonomischen Struktur dieser Länder ein Gepräge, das einer raschen Industrialisierung und der Übertragung

westlicher Wirtschaftsmethoden in die bäuerliche Landwirtschaft nicht eben günstig ist.

Manche Fehlschläge der staatlichen Wirtschaftspolitik, sowie Mißerfolge und Enttäuschungen der beteiligten europäischen Wirtschaftskreise, sind darauf zurückzuführen, daß ausgesprochene und unausgesprochene Forderungen der Landbevölkerung nach einer landwirtschaftlichen und sozialökonomischen Entwicklung, die den bodenständigen Anschauungen sowie den tatsächlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten gerecht wird, nicht genügend berücksichtigt wurden. Sie werden sich auch in Zukunft nur dann vermeiden lassen, wenn die wirtschaftliche Erschließung dieser Länder im engsten Zusammenhange mit der Förderung des Bauerntums erfolgt und von der Landbevölkerung auch wirklich mitgewollt und selbst vorangetragen werden kann.

Dies setzt jedoch voraus, daß die bereits auftretenden Gegensätze zwischen der beginnenden industriellen Entwicklung und der notwendigen und stetigen Förderung des Bauerntums und der bäuerlichen Landwirtschaft in richtigen Einklang gebracht werden können.

Das Los des Aderbauers. Von den 12 Millionen Einwohnern Irans (Persiens) entfallen etwa 6,5 Millionen auf die jahnhafte aderbautreibende Bauernbevölkerung, die sich auf 36 000 bis 40 000 Dorfsiedlungen verteilt. Nur 25 000 Dörfer werden von selbständigen Kleinbauern bewohnt, während 15 000 Dörfer auf den Ländereien des Großgrundbesitzes liegen. Die Bauern dieser Dörfer sind zum geringeren Teile Pächter (5500 Dörfer), zum größeren Teile Vertragsbauern (9500 Dörfer). Zum staatlichen Domänen- und Klosterbesitz gehören insgesamt 3600 Dörfer, der private Latifundienbesitz gebietet über 11 400 dörfliche Siedlungen.

Der bebauter Grund und Boden umfaßt zurzeit nur etwa 10 % (15 Mill. bis 16 Mill. Hektar) des Gesamtareals Irans (160 Mill. Hektar), könnte jedoch durch Bewässerung u. a. Meliorationen auf 45 bis 50 % der Gesamtfläche gebracht werden. Die Hauptmasse des Kulturlandes befindet sich in den Händen des privaten, staatlichen und kirchlichen Latifundienbesitzes. Der Landbesitz der selbständigen Kleinbauern ist demgegenüber verschwindend gering und beträgt zum Beispiel in der Provinz Teheran nur 3 % der genutzten Fläche. Dieses Verhältnis gilt mit geringen Abweichungen für die meisten Gebiete Inner-Irans. Die selbständige Bauernbevölkerung ist am zahlreichsten in den kaspischen Provinzen Gilan, Astarabad und Mansanderan, in Aserbeidschan, im Gebiete von Schiras und am Persischen Golf.

Weimar und Potsdam.

Claude Vivieres nimmt in einem in L'Ordre erschienenen Aufsatz Stellung zu dem deutschen Kolonialproblem, indem er so-gleich einen Unterschied konstruiert zwischen dem Weimarer System und dem neuen Reich. Seit der großen Rede des Reichsministers Schacht in Leipzig, so sagt er, könne man bei Persönlichkeiten des öffentlichen Wirtschaftslebens immer wieder das Echo hören, Kolonien seien als Rohstoffquelle, als Sicherheitsventil für den Bevölkerungsüberschuß nicht zuletzt als ein ausgezeichnetes Mittel für die erhöhte wirtschaftliche Blutzirkulation für Deutschland unerlässlich. Eingehend auf das Buch von Paul Rohrbach: „Deutschlands koloniale Forderung“ schildert Vivieres, daß durch einen Kolonialbesitz die deutsche Devisenbilanz bis zu 200 Millionen Reichsmark erleichtert würde. Er fährt dann bezeichnenderweise fort: „Die verschärfte Betonung der kolonialen Förderung des Reiches zeigt mit aller erdenklicher Klarheit eine psychologische Entwicklung, die durch die nationalsozialistische Herrschaft getragen wird. Unter dem Weimarer Regime zögerte man, nicht ganz offen vom Kolonialprogramm abzurücken. Die Meinung darüber war zumindest geteilt, und die Forderung selbst gemäßig. Heute ist die allgemeine Ansicht die, Deutschland müsse alle seine afrikanischen Besitzungen ohne Ausnahme zurückerhalten. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund waren gewisse Kreise damit zufrieden, ein Kolonialmandat zu bekommen. (Man dachte zuerst an Deutsch-Ostafrika und dann an Kamerun.) Heute wünscht man die Herrschaft über beide Gebiete.“

Afrikanischer Wirtschaftsaufstieg.

Der African Observer macht die verschiedenen Länder des afrikanischen Kontinents zum Gegenstand einer wirtschaftlichen Untersuchung und kommt dabei zu interessanten und wertvollen Schlussfolgerungen. Sich den einzelnen Ländern zuwendend, macht das Blatt folgende Feststellungen: Die Südafrikanische Union hat allein durch das Anziehen der Goldpreise eine wirtschaftliche Stellung erreicht, die in der Welt einzig

Aus unsern Kolonien

Die Deutschen in Deutsch-Ostafrika.

Die englische Presse hat in den letzten Tagen verschiedentlich die Meldungen eines Korrespondenzbüros aus Moschi veröffentlicht, nach denen die Deutschen auf friedliche Weise das unter Mandat stehende Deutsch-Ostafrika durchdringen. Sie hätten

dasteht. Südrhodesien folgt ihrem Beispiel. Die aufblühende Kupferindustrie ver-setzt Nordrhodesien in die Lage, ein ungeheures Gebiet neu zu erschließen. Der Haushalt von Britisch Ostafrika (Kenya) zeigt zum erstenmal einen Überschuß. Nigeria erlebt, dank der vortrefflichen Maßnahmen seines Gouverneurs, Sir Donald Cameron, einen bemerkenswerten Aufstieg. Ägypten und der Sudan haben erhöhten Nutzen aus dem Baumwollbau. Alle anderen französischen Kolonien in Afrika sind in der Lage gewesen, ihren Etat auszugleichen. Auch die portugiesischen Kolonien befinden sich in guter Aufwärtsbewegung. Rückständig seien dagegen die Länder, die am Goldstandard festgehalten haben. So gibt die wirtschaftliche Lage des französischen Kolonialreiches Anlaß zu starker Beunruhigung. Der Belgische Kongo erhoffe neuen Auftrieb nach der Durchführung der Belga-Entwertung. Die Gefundung der afrikanischen Länder, so heißt es am Schluß der Ausführungen im „African Observer“, bedeute einen Zuwachs der ungeheuren Rohstoffquellen der Kolonialländer und eine günstige Rückwirkung auf die wirtschaftliche Lage der Mutterländer.

Das Zeitalter der Kolonien soll vorüber sein?

In der „Isvestia“ schreibt Radek: Die Kolonialländer verlangten für sich Selbstverwaltung, es sei daher überflüssig, über eine koloniale Neuverteilung überhaupt noch zu sprechen und vielmehr an der Zeit, das koloniale Prinzip zu verlassen.

Das französische Blatt „Vendémiaire“ sagt dazu: Wir würden sehr überrascht sein, wenn die Niam-Niams, die Miffaonas oder die Botokuden den freundlichen Gedanken der Selbstverwaltung hätten; aber der Artikel Radeks habe für Frankreich jedenfalls den Vorteil, daß er es den Grundsatzen der Sowjets in der Kolonialfrage wissen lasse. Der russische Standpunkt sei ganz einfach der: Kolonien, so etwas gibt es überhaupt nicht. „Vendémiaire“ beschließt seinen Kommentar mit den Worten: In unserem Nordafrika nimmt die Aktivität der Sowjets stärkere Formen an. Wir sollten auf der Hut sein.

in einem (ungenannten) Bezirk Deutsch-Ostafrikas, in dem früher 17 britische Farmen bestanden haben, alle, bis auf 4 erworben.

Die ostafrikanische Handelskammer be-streitet die Richtigkeit dieser Meldung und sagt: Mit der Ausdehnung des Bergbaues in Deutsch-Ostafrika habe die englische Ein-

wanderung so sehr zugenommen, daß das früher bestehende Übergewicht der deutschen Einwanderung dadurch ausgeglichen sei.

Belgische Annektionenpolitik in Ostafrika

Das belgische Kolonialblatt „L'Effort Coloniale et Maritime“ fordert in einem Artikel „Hin zu einer neuen Provinz“ die Annektion der unter belgischem Mandat stehenden ostafrikanischen Provinzen Ruanda und Urundi und ihre Angliederung an den belgischen Kongo mit der Verwaltungszentrale in Cosiermansville am Kiwusee. Eine solche Angliederung, so sagt „L'Effort Coloniale et Maritime“, würde in der gleichen politischen Linie der Mandatsmächte gegenüber den Mandatsgebieten liegen, die Japan in der Südsee annektiert hat, nachdem die Tendenz der Union darauf hinauslaufe, Südwestafrika als fünfte Provinz anzugliedern und in Kamerun weitgehende Verwaltungsänderungen vorgesehen seien, dieses Gebiet in engere Bindung zu den angrenzenden französischen Kolonien zu bringen. Eine Vereinigung Ruanda-Urundis mit dem belgischen Kivugebiet würde eine geographische und verwaltungsmäßige Neuordnung innerhalb der Kongo-Kolonie bedeuten. Die längst überholte Doppelverwaltung des Kongo und des Mandatsgebietes würde vermieden werden. Wirtschaftliche, geographische und ethnologische Gesichtspunkte begründeten eine derartige Neuordnung.

Britischer Gouverneur fordert die Annektion Deutsch-Ostafrikas.

Entgegen der Entscheidung der Ständigen Mandatskommission, eine Verschmelzung der unter Mandat stehenden Gebiete mit den angrenzenden Kolonien des Mandatars unter allen Umständen zu verhindern, forderte der geschäftsführende Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, P. E. Mitchell, der inzwischen zum Gouverneur von Uganda ernannt worden ist, die sofortige Verschmelzung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden britischen Kolonien. Er weist indessen gleichzeitig hin auf die ungünstige finanzielle Lage der britischen Kenya-Kolonie, der ein überaus günstiger Haushaltsabschluß für das Mandatsgebiet Deutsch-Ostafrika gegenübersteht. Mitchell's Forderung, das Mandatsgebiet an das Kenya-Land anzuschließen, wurde von ihm damit gleichzeitig ad absurdum geführt, da das Mandatsgebiet im Falle einer Angliederung an Britisch-Ostafrika die Lasten der britischen Kolonie mit zu tragen haben würde.

Bemerkenswert ist, daß der Vertreter der Südafrikanischen Union vor kurzem erst wieder vor der Mandatskommission die Erklärung abgegeben hat, die Union denke nicht

daran, Deutsch-Südwestafrika als fünfte Provinz anzugliedern. Die Mandatskommission ihrerseits hat die Erklärung abgegeben, daß sie an ihrer Entscheidung aus dem Jahre 1933 festhalte.

Tanganjilagebiet (Deutsch-Ostafrika) Einwanderungsziffern

Die Zeitschrift „Das Hochland“, die in Mufindi in Deutsch-Ostafrika erscheint, schreibt in der Augustnummer folgendes:

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus wieviel Deutsche und Briten in den letzten 5 Jahren in das Mandatsgebiet eingewandert seien und welche Schritte getan wären, um eine weitere britische Einwanderung nach dem genannten Gebiet sicherzustellen, erwiderte der Staatssekretär für die Kolonien, daß

	Deutsche	brit. Staatsang.
1929	255	419
1930	279	321
1931	200	266
1932	244	248
1933	248	226
zus.	1226	1470

einwanderten und daß die Mandatsverwaltung nicht in der Lage sei, Einwanderern einer bestimmten Staatsangehörigkeit besondere Förderung zu geben.

Goldgräber in Deutsch-Ostafrika.

Wendelin von Selasinsky behandelt in der „Berliner Börsenzeitung“ dieses interessante Thema wohl aus eigener Erfahrung. Hieraus entnehmen wir folgende Einleitung:

Um zunächst einige allgemeine Hinweise auf die Goldfelder in Deutsch-Ostafrika zu geben, sei folgendes gesagt: Die Felder, die alluviale Vorkommen haben, liegen am Lupa-Fluß, im äußersten Süden unserer ehemaligen Kolonie. Die nächstgrößere Stadt, d. h. man darf sich Stadt nicht in europäischen Verhältnissen vorstellen, es handelt sich nämlich um ein im Grunde winziges Nest mit nur etwa 20 Europäern, ist Mbeha, an der Kap-Kairostraße, gleichzeitig Landestelle der Imperial Airways auf ihrem Wege von London nach Kapstadt. Es ist Sitz eines District Office, früher nannte man das Bezirksamt, und besitzt zwei Hotels, die Erholungsstätten des Diggers, des Goldgräbers. Die Felder haben einen Umfang von etwa 700 Quadratmeilen (Meile gleich 1,6 Kilometer) und sind bewohnt von rund 800 Europäern, davon 170 Deutschen, und wohl 30 000 schwarzen Arbeitern. Die Felder wurden schon vor dem Kriege von einem deutschen Landmesser gefunden und im Jahre 1922 durch herumreisende weiße Händler wieder entdeckt. In den Jahren 1923 bis 1932 arbeiteten nur sehr wenig

Weißer dort, was den Vorzug hatte, daß diese sehr gute Funde machten und erstaunlich reiche Plätze fanden. Von 1931 an begann der Zustrom der arbeits- und mittellosen Europäer, die gezwungen waren, ihr Glück beim Goldgraben zu versuchen, um nicht verhungern zu müssen. Von Jahr zu Jahr vermehrte sich die Schar der Digger, bis auf den heutigen Stand, der ein sehr hoher ist, da er 20 Prozent der weißen Bevölkerung ausmacht, der Bevölkerung mit den Beamten, von denen allein rund 3000 im Lande sind. Das Alluvialgold wurde zunächst im Lupa selbst gefunden, dann mit den Jahren begannen die Digger, die etwas mehr Unternehmungsgestalt hatten, auch die Seitengebiete zu untersuchen, die sich als wesentlich reicher erwiesen. So wurden nacheinander die Gebiete von Itene, Matondas, Kunguats, Mawoga und Matongolosi entdeckt, die noch heute bearbeitet werden. In der ersten Zeit wurden nur die größeren Flußläufe und dann die kleineren Bäche bearbeitet, später aber ging man dazu über, auch flache Stellen und schließlich Bergabhänge zu untersuchen, wobei dann merkwürdiger Weise das beste und schwerste Gold gefunden wurde. Der Lupa selbst führte und führt noch mehr oder weniger nur feines Gold, die Seitengebiete dagegen brachten zum Teil erheblich schwere Stücke, so wurden Stücke von 105 und 125 Unzen gefunden (1 Troy-Unze gleich 31 Gramm).

Das Gold muß ja eigentlich, infolge seiner Schwere, immer an der tiefsten Stelle liegen, was logischerweise die Flußläufe sein müssen.

Bücherschau

Ausfuhr ist not. Von Walter Gräbell, Direktor im Statistischen Reichsamt, H. P. Danielzik, Präsident des Hansabundes, W. Daik, Gesandter, Amtsleiter d. außenpolitischen Amtes der NSDAP, Professor Dr. Ernst Schulke, Direktor d. Weltwirtschaftlichen Institutes Leipzig. Stuttgart 1934. Ferdinand Enke Verlag. 3 RM.

Vier namhafte Mitglieder der NSDAP haben zu dem brennenden Thema der Außenwirtschaft das Wort ergriffen. Unser Außenhandel leidet schwer unter der allgemeinen Wirtschaftskrise. Unsere Handelsbilanz ist im ersten Quartal 1934 mit 216 Mill. RM passiv gewesen. Wir können uns nicht vom Weltmarkt loslösen, wenn wir nicht auf die Zufuhr lebensnotwendigster Rohstoffe verzichten wollen. Der Nationalsozialismus hat daher auch durch den Mund seines Führers die programmatische Erklärung abgegeben, daß nicht die Abkehr von der Welt uns nützen

Die Erfahrung am Lupa hat aber gelehrt, daß gerade das schwerste Gold in terrassenförmigen Stellen und an Abhängen liegen geblieben ist. Daraus folgert, daß das Goldsuchen von Jahr zu Jahr schwerer wird, denn es ist natürlich leichter, einen Flußlauf zu prospektieren als einen Berg, der zuweilen eine ganz erhebliche Ausdehnung haben kann, bei dem man zudem auch gar keinen Anhaltspunkt hat, wo das Gold liegen könnte, sondern ganz auf gut Glück suchen muß. Zudem verteuert diese Tatsache das Prospektieren ganz ungemein; was früher mit 20 bis 30 Arbeitern möglich war, ist heute nur noch mit 80 bis 100 möglich, die natürlich per Monat ziemlich Summen verschlingen.

Ein delphischer Rat aus Südafrika

Dr. Malan, der Führer der Regierungsopposition in Südafrika, erklärte im Verlauf einer Rede in Kapstadt, Südafrika könne dem Weltfrieden einen Dienst dadurch erweisen, daß es die deutschen Forderungen auf afrikanische Kolonien unterstütze. Allerdings, so betonte er, müsse Deutschland nach anderen Gebieten Ausschau halten als nach Südwestafrika, dessen geographische und wirtschaftliche Lage auf eine Vereinigung mit der Südafrikanischen Union hindrange.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft weist darauf hin, daß die Regierung der Südafrikanischen Union erst neuerdings wieder allen Bestrebungen, Deutsch-Südwestafrika in die Union einzugliedern, nachdrücklichen Widerstand entgegengesetzt hat.

kann, sondern daß im Gegenteil es notwendig ist, daß die deutsche Wirtschaft auf der Grundlage einer festgefühten Nationalwirtschaft sich organisch in die zwischenstaatliche Wirtschaft eingliedert.

Von der Einfuhrseite konnte das Problem weder mengen- noch devisenmäßig in befriedigender Weise gelöst werden. Bleibt somit nur die Ausfuhrseite. Auch hier liegen Schwierigkeiten in allergrößtem Umfange vor. Der Gedanke eines Großwirtschaftsraumes kann nicht durchgeführt werden, da politische Abhängigkeiten, die die Grundlage eines solchen bilden könnten, nicht vorhanden sind. Wären alle Länder eine autarke Großwirtschaft noch immer nicht innerhalb dieses Großraumes autark sein. Deutschlands Wirtschaft braucht die Welt zu ihrer Ergänzung. Würden alle Länder eine autarke Großraumwirtschaft betreiben, bestünde für die meisten europäischen oder asiatischen Länder keine Lebensmöglichkeit mehr.

Daß die europäischen Staaten durch innersten Zwang dazu geführt werden, sich mehr und mehr aufeinander abzustimmen, geschieht mit einer Art Naturnotwendigkeit. Die Agrarstaaten des europäischen Südost- raumes müssen ihr natürliches Absatzgebiet in den industriell hoch entwickelten Staaten suchen. Heute steht noch der Währungswirr- warr dem entgegen. Aber diese kontinental- europäische Großraumwirtschaft wird sich mit der Zeit mehr durchsetzen, weil Gruppenbil- dungen im Weltwirtschaftsraum bestehen bzw. in der Bildung begriffen sind.

Hierzu muß allerdings der Einwand er- hoben werden, daß manche der großen Blöcke schon wieder erhebliche Risse zeigen. Auch ein Wirtschaftsblock wie das englische Empire kann niemals eine volle oder nur $\frac{1}{2}$ Antarkie durchführen, ebenso wenig die U. S. A. Süd- afrika wie Kanada oder Australien bedürfen des Weltmarktes, sie streben danach, ihre Tendenzen zur Verjüngung mehr zur Durchführung zu bringen.

Die Krise der Weltwirtschaft und des zwi- schenstaatlichen Handels wird dann behoben sein, wenn die Währungskämpfe und das Weltschuldenproblem beseitigt worden sind.

Ibero - Amerikanisches Archiv. Bd. IX, Heft 1. Ferdinand Dümmlers Verlag. Jahresbezugspreis 10 RM statt 18 RM. Einzelheft 3 RM.

Aus dem Inhalt: Richard-Simons: Die neuen Verfassungen in Brasilien und Uruguay. Steffen S.: Beiträge zur Erforschungs- geschichte der patagonischen Nordbilleren.

G. Richard: Studium der spanischen Sprache und Kultur in Deutschland.

Die vorzüglich geleitete und hervorragend ausgestattete Zeitschrift verdient es, in wei- terem Kreise bekannt zu werden. In 18 ibero-amerikanischen Staaten wird von hun- dert Millionen Menschen Spanisch gesprochen. Eine tiefere Kenntnis dieser kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belange liegt im besonderen Interesse Deutschlands.

Der Raum als Waffe. Versuch einer raum- politischen Strategie von Rupert v. Schu- macher. 102 Seiten, 37 Karten, kt. 2,50 RM., Leinen 3,20 RM. Verlag Runge, Tempelhof.

Auf die sehr beachtenswerte Schrift haben wir in einem Leitartikel besonders hin-

gewiesen. Der Verfasser hat sich die interes- sante Aufgabe gestellt, den Einfluß der Be- zwingung des Luftraumes auf die wehrpoli- tische Lage sowie die Politik und Wirtschaft zu zeichnen. Was Raumpolitik bedeutet, wird durch diese Schrift klar aufgedeckt. Die Sicherung des Raumes erfordert Industrie- sicherung, Verlagerung bedrohter In- dustriestätten, eine andere Form der Sied- lung. Noch ist es nirgends erprobt worden, welche Änderungen sich durch die Bedeutung der Luftwaffe in einem Zukunftskrieg er- geben werden.

Die Schuhmachersche Schrift packt den Leser von der ersten Zeile bis zum Schluß. Sie ist flott geschrieben und regt zum Nach- denken an. Mögen die verantwortlichen Männer und ernsten Leser auch die Schluß- folgerungen hieraus beherzigen.

Blick nach draußen! Frankreich, U. S. A., England heute. Von Iwar Lissner. 85 Seiten, kartoniert. 2 RM. Hanseatische Verlangsanstalt. Hamburg 1935.

Es ist eine kleine, aber aufschlußreiche Schrift eines jüngeren Deutschen, die sich an die Jugend Frankreichs, Englands und Ame- rikas richtet. Sie ist vom Feuer der Jugend getragen, offen und erfrischend. Lissner war es vergönnt, die Länder, deren neueste Ent- wicklung er schildert, aus eigener Anschau- ung näher kennen zu lernen. Das gibt seiner Schrift einen besonderen Reiz.

Lissner sieht in den alten Demokratien des Westens sich Wandlungen vollziehen, die auf einer Umformung ihrer geistigen Basis beruhen. Frankreich, dieses starre, am Tra- ditionellen hängende Bauermland steht an einem Umbruch der Generationen. England schöpft neue Kräfte aus dem schöpferischen Ausbau seines Empire. In den Vereinigten Staaten baut Roosevelt eine neue Wirt- schafts- und Sozialpolitik auf.

Der Verfasser hat sich ein doppeltes Ziel gesetzt, einerseits das Wesen der fremden Völker zu erfassen und in die Zentren der Willensbildung vorzustößen, andererseits will er mit Mißverständnissen und Fehlteilen aufräumen. Der Appell Lissners wird nicht ungehört verhallen. Nur durch gegenseitige Fühlungnahme und Vertrauen kann der Weltfriede gesichert werden. P. M.

Abgeschlossen 1. November 1935.

Herausgeber: Bernhard Feher. — Hauptschriftleiter und verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Paul Mohr, Berlin-Lankwitz. — Kolonialpolitischer Mitarbeiter: Major a. D. Paul Schnoedel, Berlin-Zehlendorf. — Druck und Verlag: „Deutscher Lebens- raum“ Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: 54 (Berlin-Zehlendorf) 1050. — Gerichtsstand ohne Rücksicht auf Streitwert und Objekt: Amtsgericht Berlin-Lichterfelde. — Erfüllungsort: Teltow/Mark. D. N. II. Bj. 1500. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 v. 1. 1. 35.

Inhalt der letzten Hefte

Heft 7

Weltmächte und Weltkräfte (von Dr. P. Mohr):	
Abessinien — „ein heiß Eisen“	1
Gespräche über die Grenzen	6
Der neue Weltkongreß der kommunistischen Inter- nationale	9
Blick nach außen	13
Allgemeiner kolonialpolitischer Bericht	19
Aus fremden Räumen	21
Bücherschau	23

Heft 8

Weltmächte und Weltkräfte (von Dr. P. Mohr):	
Zwischen Frieden und Krieg	1
Großkampf um Abessinien	5
Japan stößt die Tore von Nordchina auf	10
Kriegsspiele und Ernstfall	14
Was will das werden?	17
Blick nach außen	23
Allgemeiner kolonialpolitischer Bericht	26
Aus unsern Kolonien (Bearbeitet von Major a. D. Paul Schnoedel)	28
Aus fremden Räumen	30
Bücherschau	31

Man verlange Probenummer!

Das Zeichen für den DL-Qualitätsdruck



Werke, Dissertationen, Zeitschriften, Zeitungen
Illustrations- und Mehrfarbendrucke
Geschäfts- und Familien-
Drucksachen

„Deutscher Lebensraum“

D. Die Stellung des Auslandes zur deutschen Kolonialfrage

Europa (England, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien, Belgien, Holland, Schweden)

Nordamerika (USA, Kanada)

Südamerika (Argentinien, Chile)

Mittelamerika (Mexiko, Panama)

Asien (Japan)

Afrika: „Ich wünsche, daß Deutschland bald wieder Kolonialmacht wird, und zwar Kolonialmacht in Afrika!“

Oswald Pirow, südafrikanischer Wehrminister

Bücherzettel.

Von E. C. Buchners Verlag in Bamberg bestelle ich durch die Buchhand-

lung von

direkt durch die Post — über Leipzig

Betrag folgt durch Postanweisung — Postcheck — ist durch Nachnahme zu erheben

Kolonialpolitisches Quellenheft

Die deutsche Kolonialfrage 1918 — 1935

Herausgegeben von Dr. Ernst Gerhard Jacob

Geleitwort von Gouverneur Dr. Schnee

Kl. 8°. 198 Seiten. Preis steif geb. Mf. 1.90

Name

Ort, den 1935

Straße und Hausnummer

Heraus

mit unseren Kolonien!

Soeben erschien:

Kolonialpolitisches Quellenheft

Die deutsche Kolonialfrage 1918 — 1935

Herausgegeben von

Dr. Ernst Gerhard Jacob

Geleitwort von

Gouverneur Dr. Schnee

Führer des Reichskolonialbundes

Kl. 8° 198 Seiten Preis steif geb. Mf. 1.90

E. C. Buchners Verlag, Bamberg

Das Handbuch der deutschen Kolonialbewegung

Verfaßt von einem Mann der jungen Generation, der im In- und Ausland für unsere koloniale Sache gearbeitet hat.

Gibt Auskunft und Quellennachweise über alle politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen!

Der Führer des Reichskolonialbundes, Gouverneur Dr. Schnee schreibt im Geleitwort:

„Ein sehr nützlich kleines Handbuch

in dem sich jeder Deutsche über die wichtigsten Vorgänge, Tatsachen und Urkunden der kolonialen Geschichte und der kolonialen Bewegung informieren kann. . . . Das Buch enthält in übersichtlicher Anordnung eine gut getroffene Auswahl aus dem wesentlichsten die deutschen Kolonien betreffenden Material . . .

Die in dem Buch in knapper Form und unter Quellenachweis zusammengestellten Tatsachen liefern den klaren Nachweis, daß der Raub der deutschen Kolonien unter Vertragsbruch erfolgte und durch die falschen Vorwände der kolonialen Schuldlüge bemäntelt wurde, und daß es sich bei der deutschen Forderung der Rückgabe der deutschen Kolonien ebenso um eine deutsche Lebensnotwendigkeit wie um eine Forderung der deutschen Ehre und des deutschen Rechts handelt.

Das Buch wird sich als eine gute Waffe in dem Ringen um die Wiedererlangung unserer Kolonien erweisen. Der Verfasser hat mit dem „Kolonialpolitischen Quellenheft“ eine verdienstvolle Arbeit geleistet, die für die deutsche Kolonialbewegung Früchte tragen wird.

Ich wünsche dem Buch weiteste Verbreitung“.

Das Handbuch enthält eine Materialsammlung von Dokumenten der verschiedensten Art:

Amtliche Schriftstücke	Briefe, Berichte
Urkunden	Pressenachrichten
Verträge, Abkommen	Kundgebungen, Entschlüsse
Gesetze, Verordnungen	Außerungen führender Persönlichkeiten
Satzungen, Programme	des In- und Auslandes

Dazu kommen:

Statistiken - Tabellen - Uebersichten - Zeittafeln - Literaturverzeichnis.

Ein politisch-historisches Anschauungsmittel

für unsere kolonialpolitische Wissensschulung und Willensbildung in Gegenwart und Zukunft, geschrieben für den praktischen Gebrauch des Kolonialredners und Politikers, des Jugendführers und politischen Schulungsleiters, und zur Aufrüttelung eines jeden deutschen Volksgenossen, dessen Nationallehre noch immer mit einem furchtbaren Makel behaftet ist, weil man seinem Volk und Vaterland auf Grund einer schon längst widerlegten Lüge noch heute den eigenen Kolonialbesitz vorenthält.

Aus dem Inhalt:

A. Vorgeschichte

- Der Weltkrieg (Geheimverträge zur Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes)
- Die Friedensverhandlungen (Wilson, Versailles, das engl. Waaubuch, die koloniale Schuldlüge, die Entrüstung im deutschen Volke)
- Das Versailler Diktat (Art. 119 - 127 u. a.)
- Das Mandatswesen des Völkerbundes (Smuts, die Rechtsnatur des Mandats)

B. Die Kolonialbewegung in Deutschland

- Regierung und Parteien (Locarno, Dawesplan, Reparationen, Reichstagsdebatten, das Dritte Reich)
- Die Kolonialverbände (Korag, Kolonialkrieger, Kolonialkongresse, Geschädigtenverbände, die DKG, der DRK, das RPA der NSDAP)
- Wirtschaft und Lebensraum (Kolonialformel, Volk ohne Raum, Industrie und Handel, Landwirtschaft, Arbeiterbewegung)
- Die Wissenschaft (Medizin, Länder- und Völkerkunde, Geopolitik, Dozenten und Studenten)
- Die Mission (evangel. und kathol.)
- Die Jugend (Studenten, koloniale Jugendbünde, HJ, Schulerklasse, NSLB)

C. Die Entwicklung in den deutschen Kolonien

- Das Deutschtum
- Die Wirtschaft (Ausfuhrwerte -mengen, Handelsbilanz, Liefer- Absatzländer)
- Die Mandatsverwaltung (Beurteilung der deutschen Verwaltung, Gesundheitswesen, Aufstände, closer union, Kapstadt-Memorandum, Nationalsozialismus, Rechtsbrüche der Mandatäre)
- Die Treue der Eingeborenen (Eingaben an den Völkerbund, an Hindenburg, an die DRG)